Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Nekazanka 18.

Telephone: Tagesredaktion: 26795, 31469. Nachtredaktion: 26797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . „ 48.—
halbjährig . . . . „ 96.—
ganzjährig . . . . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

6. Jahrgang. Samstag, 6. Feber 1926. Nr. 32.

Die Zufriedenen.

Als erste unter den tschechischen Parteien haben sich die Nationaldemokraten über die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz geäußert. Sie machen aus ihrer Herzensfreude über den Inhalt der Verordnung, der wohl ihre kühnsten Erwartungen übertrifft, kein Geheimnis und konstatieren mit Genugtuung „für die Gegenwart und die Geschichte", die Herausgabe der Sprachenverordnung sei vor allem und vor allem Verdienst ihrer Partei, die unablässig jene tschechischen Parteien in dieser Richtung hin gedrängt habe, welche die Herausgabe zu sabotieren versuchten. Wenn auch diese Mär nicht ganz richtig ist, nicht richtig in dem Sinne, daß von einer „Sabotage" durch andere tschechische Parteien keine Rede sein kann, so ist doch soviel Wahres daran: die Sprachenverordnung ist ganz im Geiste des extremsten tschechischen Nationalismus gehalten, deren Exponent die tschechische nationaldemokratische Partei ist und sie enthält auch nicht eine Spur des Entgegenkommens an den Gedanken der nationalen Verständigung. Die endlose Kette der nationalen Gewalttaten ist um ein Glied reicher geworden.

Was von allen Nichtangehörigen des herrschenden Staatsvolkes als besonders verbitternd empfunden werden muß, ist die Tatsache, daß das was Regelung der Sprachenfrage genannt wird, nicht auf einem Einvernehmen beruht, sondern den Charakter des Diktats trägt. Das Sprachengesetz wurde zur Zeit der revolutionären, nur aus Tschechen gebildeten Nationalversammlung beschlossen, jetzt, da nach über sechs Jahren seiner Geltung die Durchführungsverordnung erschienen ist, enthält das Parlament in seiner Mitte wohl auch die Vertreter der anderen den Staat bewohnenden Nationen, aber die Erlassung der Verordnung erfolgte, als wären sie überhaupt nicht auf der Welt. Als Ministerpräsident Švehla noch Minister des Innern war, hat er einmal im Verfassungsausschusse des Abgeordnetenhauses versprochen, es würden, wenn es zur Herausgabe der Sprachenverordnungen kommen sollte, mit den Vertretern der Deutschen über den Inhalt Verhandlungen gepflogen werden. Als Ministerpräsident weiß sich Herr Švehla an dieses Versprechen nicht zu erinnern.

Wie beim Sprachengesetz handelt nun die Regierung auch bei der Durchführungsverordnung nach dem Grundsatz: Friß Vogel oder stirb! Das Kommando lautet: der Staat ist ein nationaler, ist ein tschechischer, und daß hier auch Millionen andersnationaler Staatsbürger leben, geht uns einen Schmarren an! Wie diese Angehörigen der anderen Nationen ihr Recht bei Gericht finden können, wie und in welcher Sprache die von der Gesamtheit besoldeten staatlichen Beamten mit ihnen zu verkehren haben, welche sprachliche Eignung ein Deutscher haben muß, wenn er im Dienste des Staates verbleiben will, oder — was nahezu ausgeschlossen ist — in seine Dienste genommen werden soll, wie schließlich sogar Gemeinden im deutschen Sprachgebiet zu amtieren und den Verkehr mit den staatlichen Behörden zu pflegen haben — all das ist allein eine Sache der Vertretung der Mehrheitsnation, die souverän, allmächtig, selbstherrlich das Maß des sprachlichen Rechtes bestimmt, das den Nichttschechen im Staate eingeräumt wird.

Soweit sie sich bei allen öffentlichen Behörden überhaupt noch ihrer Sprache bedienen dürfen, empfangen sie nicht als ein ihnen zustehendes Recht, über dessen Ausmaß sie mitbestimmen dürfen, sondern als Gnade. Die Verordnung geht von der Voraussetzung aus, der Staat sei ein tschechischer, ein rein nationaler, kein Nationalitätenstaat. Daß dies falsch ist, beweist schon die Herausgabe der Verordnung und die Notwendigkeit der Schaffung eines Sprachengesetzes. Bei beiden handelt es sich bloß um den nationalen Anstrich, der dem Staate gegeben werden soll, denn wäre er wie Frankreich, England, Deutschland und Oesterreich, wirklich ein nationaler Staat, in dem fremde Nationsangehörige in größeren Massen nicht heimisch sind und nur heimatsfremde Splitter bilden, so wäre ein Sprachengesetz doch überhaupt nicht erforderlich. Eben für diese „Minderheiten", die einen sehr wesentlichen Teil der Gesamtbevölkerung umfassen, soll das Sprachengesetz ein Sprachenrecht schaffen, doch welchem Zwecke dient es! Keinem anderen als dem, ihnen das Recht des Gebrauches ihrer Sprache bei allen Aemtern und Behörden auf das Allermindeste zu beschränken, dafür die Rechte der Staatssprache aufs äußerste auszudehnen. Es dient nicht der Sicherung der Rechte der Minderheiten, sondern der Sicherung und Festigung der unbedingten Vorherrschaft der sprachlichen Mehrheit. Die Sprachenverordnung kann nicht, wenigstens nicht faktisch, das Vorhandensein starker nationaler Minderheiten leugnen, so bemüht sie sich wenigstens, ihnen das Leben so sauer als nur möglich zu machen. Ihre Tendenz, die wie ein roter Faden die Verordnung durchzieht, geht dahin, den Staatsbürgern, die sich nicht der Staatssprache bedienen, alle möglichen bösen Folgen, auch Geldstrafen, anzudrohen.

Die behördliche Willkür aber wird sich nach Herzenslust ausleben können. Im ersten Hauptstück, das von den allgemeinen Bestimmungen handelt, kann das Gericht oder die Behörde oder ein Organ, denen nicht bekannt ist, ob die Partei die Staatssprache kennt, jede Eingabe, die in einer anderen als der Staatssprache gemacht wurde, zurückweisen. Wenn die Eingabe an eine Frist gebunden ist, so hat die Partei in einer „sachlich ungeänderten Ausfertigung" in der Staatssprache sie unter Hinzufügung der ursprünglichen Eingabe vorzulegen, doch kann ihr aufgetragen werden, den Nachweis zu erbringen, daß die ursprüngliche Eingabe mit der in der Staatssprache gemachten sich deckt. Die Partei wird also die tschechische Ausfertigung notariell beglaubigen müssen, wenn sie auf der tschechischen Eingabe beharrt. Daß dabei allerlei Schikanen und Willkürakte vorkommen werden, den Parteien Kosten erwachsen und Fristen versäumt werden können, die schwere materielle Schädigungen herbeizuführen geeignet sind, läßt die Schaffer dieses „Sprachenrechtes" kalt. Der tschechische Staatsbürger wird überall sein Recht finden, seine Sprache muß so gut wie überall respektiert werden, während dem nichttschechischen Staatsbürger bei Gebrauch seiner Muttersprache materieller Schaden und verschiedene Nachteile angedroht werden. Der Gebrauch einer anderen als der Staatssprache wird auf ein Mindestmaß beschränkt und auch dieses noch durch das freie Ermessen der behördlichen Organe gedrosselt.

Die Verordnung gründet sich auf sechsjährige Erfahrung, aber nicht das wurde in ihr zusammengetragen, was geeignet wäre, den Angehörigen der Minderheiten das Leben und den Verkehr mit den Behörden zu erleichtern, sondern alles, was ihnen diesen Verkehr zu erschweren geeignet ist und ihnen ihre staatsbürgerliche Minderwertigkeit gegenüber dem „Staatsvolke" zum Bewußtsein bringen soll. Mit Recht darf die Partei des Herrn Dr. Kramař sich dieses Erfolges freuen. Die Sprachenverordnung drückt aus, daß sich das Regierungssystem vollständig in ihrem Schlepptau befindet. Dessen mögen die Chauvinisten auf beiden Seiten zufrieden sein, Staat und Volk haben alle Ursache, das bitter zu beklagen.

Neue Beweise in der Fälscheraffäre.

Die Fälschungsmaschine gefunden. — Der Briefwechsel zwischen Perenyi und Bethlen.

Budapest, 5. Feber. Die Blätter melden: Die französischen Polizeiinspektoren Doulcet und Benoit erschienen gestern in den Abendstunden in Begleitung ungarischer Polizeiorgane in der Kartographischen Anstalt in der Reiek-Gasse, wo sie auf Grund der im Laufe der nachträglichen Erhebung erfolgten Aussagen eine Hausdurchsuchung vornahmen. Hiebei gelangte jene Druckmaschine zum Vorschein, auf der die falschen Frankennoten hergestellt wurden und die bisher nicht zustandegebracht werden konnte. Die Polizei hat den interessanten Fund beschlagnahmt und wird die Maschine zur Stadthauptmannschaft schaffen lassen.

Der Budapester Berichterstatter des „Matin" übermittelte seinem Blatte den Text der Briefe, die zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen und dem Baron Perenyi gewechselt wurden. Der Brief des Grafen Bethlen, datiert „Budapest, den 27 November 1925" und der gedruckten Aufschrift: „Ministerpräsident" sowie mit der Bemerkung versehen „sehr vertraulich" lautet:

„Lieber Freund! Ich bin auf den Umstand aufmerksam gemacht worden, daß der Nationalverband falsche französische Banknoten in Gewahrsam hat und beabsichtigt, sie zu verwenden. Ich bitte Dich, der Sache gründlich nachzuforschen und mich nach Möglichkeit zu beruhigen. Ich warne den Nationalverband durch Deine Vermittlung sich von derartigen Stückchen fernzuhalten und nichts Derartiges zu beginnen. Mit herzlichen Grüßen Dein ganz ergebener Bethlen."

Der Korrespondent des „Matin" legt das Hauptgewicht auf die Antwort Perenyis, dessen Original aus dem Ministerium verschwunden ist, doch wurde das Konzept des Schreibens gefunden, welches, wie der Berichterstatter versichert, genau dem Original entspreche. Das Konzept trägt oben den Vermerk: „Vertraulich, zu eigenen Handen" und lautet:

„Lieber Freund! In Beantwortung Deines geschätzten Schreibens vom 27. November erlaube ich mir, Dir mitzuteilen, daß der Nationalverband keine falschen Banknoten besitzt und sich niemals mit dem Gedanken getragen hat, welche in Umlauf zu setzen, noch ähnliche Manöver durchzuführen. Deinem Wunsche entsprechend habe ich eine Untersuchung in dieser Sache vorgenommen, und es ist mir gelungen, genaue Fakten aufzudecken (im Konzepte sind die drei letzten Worte gestrichen und durch die Worte ersetzt: genaue Informationen zu erhalten). Ich bitte Dich, mir Gelegenheit zu geben, Dir vor Deiner Abreise kurz (dieses Wort ist gestrichen und durch das Wort mündlich ersetzt) zu referieren. Mit aufrichtigem Gruße Dein ergebener Perenyi."

Zu einer persönlichen Zusammenkunft der beiden Männer ist es nicht gekommen. Graf Bethlen reiste, ohne irgendwie einzuschreiten, nach Genf ab und ermöglichte hiedurch, daß sich das Komplott in Ruhe weiter entwickeln konnte.

Ueber das gestrige Verhör Stephan Friedrichs vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erfährt man, daß Friedrich in seiner Aussage erklärte, daß er von Valutafälschungen seit dem Jahre 1922 wisse. Sein Parteigänger Prof. Meszaros habe ihm berichtet, daß er eine hervorragende Sache in einem Unternehmen unternommen habe, deren Zweck darin besteht, Valuten von fremden Staaten regelmäßig zu fälschen und in Umlauf zu bringen, um auf diesem Wege verlorene ungarische Gebiete zurückzugewinnen. Als ihn der Obmann des Untersuchungsausschusses unterbrach und sagte, daß über die Sokolfälschungen der Untersuchungsausschuß nicht eingesetzt sei, erwiderte Friedrich, daß er nicht nur über die Sokolfälschungen wisse. Er wiederholte, daß außer den Sokolfälschungen und den französischen Frankenfälschungen schon im Jahre 1922 die Fälschung von anderen Valuten ebenfalls geplant war. Friedrich machte so dann folgende Mitteilung: „Als mich im Jahre 1922 Prof. Julius Meszaros besuchte, zeigte er mir die Klischees zur Herstellung falscher französischer Tausend-Frankennoten. Prof. Meszaros teilte mir mit, daß im Auftrage eines geheimen Verbandes, dessen führendes Mitglied Landespolizeichef Nadossy war, französische Noten gefälscht in Umlauf gesetzt worden sind. In dem Unternehmen waren auch sehr vornehme Führer anderer gesellschaftlichen Organisationen beteiligt. Prof. Meszaros teilte auch mit, was ich übrigens bereits aus anderer Quelle wußte, daß Landespolizeichef Nadossy in der ganzen Angelegenheit als Beauftragter und Vertreter der Regierung teilnahm." Auf die Frage, weshalb er keine Strafanzeige erstattet habe, erklärte Friedrich: „Vor welcher Behörde hätte ich eine Strafanzeige erstatten sollen, da ich doch wußte, daß die Regierung an der Sache beteiligt sei. Ich habe die Beziehungen abgebrochen und geschwiegen."

Horthy-Justiz.

Gegen Proletarier.

Budapest, 5. Feber. Der sozialistische Abgeordnete Knaller, der nach einer im November v. J. in Soroksarpeteri abgehaltenen Volksversammlung am Bahnhof zugleich mit den übrigen Fahrgästen aufgefordert worden war, sich in das Wartezimmer zu begeben, da die Durchfahrt eines Zuges, in dem sich der Reichsverweser Horthy befand, gemeldet worden war, erklärte, es sei nicht in Ordnung, daß so viel Leute wegen einer einzigen Person in das Wartezimmer zusammengedrängt werden. Knaller wurde unter Anklage gestellt und heute unter Zubilligung mildernder Umstände zu drei Millionen ung. Kronen verurteilt. — Der Redakteur der sozialdemokratischen „Nepszava" Szekely ist wegen mehrere Artikel, worin behauptet worden war, daß in Ungarn die Rechtsprechung nicht in gleicher Weise geübt werde und daß es eine Naivität wäre, von einem unabhängigen ungarischen Gericht zu sprechen, heute zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Aus dem völkischen Sumpf.

Berlin, 5. Feber. (Eigenbericht.) Zum Fememordskandal gesellt sich jetzt auch noch ein Justizskandal. Man erfährt jetzt, daß die aus nationalistischen Kreisen stammenden Verteidiger das Honorar nicht von den Angeklagten, sondern von einer noch unbekannten Stelle erhalten haben. Diejenigen Verteidiger, von denen man annahm, daß sie den Zusammenhängen mit der Leitung der Verschwörung zu sehr nachspüren könnten, wurden verdrängt. Ein Zeuge, der gegen einen des Mordes Verdächtigen aussagen wollte, wurde vom Staatsanwalt mit den Worten: „Warum wollen Sie den Mann belasten?" abgewiesen. Die Reichsregierung ist ebenso wie das preußische Justizministerium über die Zusammenhänge wohl unterrichtet, trotzdem ist von dieser Seite nichts unternommen worden.

Gegen den völkischen Abgeordneten Wulle ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden wegen der Beschuldigungen der Anstiftung und Begünstigung zum Morde, die im Grütte-Lehder-Prozesse gegen ihn erhoben wurden.

*

Berlin, 5. Feber. (Eigenbericht.) Im Bayrischen Landtag kam es heute zu ganz unerhörten Szenen. Der Abgeordnete Streicher erklärte, er stelle sich hinter die Aeußerungen seines Parteigenossen Wagner, der erklärt hatte, er finde es begreiflich, wenn ein aus Elsaß-Lothringen Vertriebener sich bereit fände, Stresemann über den Haufen zu schießen. Auf der gesamten Linken brach darüber ein Sturm der Entrüstung aus. Unter lauten Rufen stürzten sich die Abgeordneten gegen die Rednertribüne und es kam zu einer wüsten Rauferei, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung wurde sämtlichen an der Prügelei Beteiligten der Ordnungsruf erteilt.

Ueberfall auf russische Kuriere.

Riga, 5. Feber. Der Schnellzug Moskau-Riga war heute der Schauplatz eines grauenhaften und rätselvollen Ereignisses. Im Zuge war ein Schlafwagen 2. Klasse für die Kuriere und diplomatischen Reisenden aus Moskau reserviert. Unweit der Station Uexkuell, 26 Kilometer von Riga entfernt, drangen um halb 7 Uhr früh mehrere Männer mit Masken in den Kurierwagen ein, in dem zwei Kuriere mit der Kurierpost nach Berlin fuhren. Es entspann sich ein Feuergefecht zwischen den Räubern und den Kurieren, in dessen Verlauf der Kurier Rette getötet, der andere durch einen Bauchschuß schwer verletzt wurde. Im Dienstabteil des Wagens fand man zwei demaskierte Räuber ohne Lebenszeichen auf, beide mit tödlichen Schüssen. Nach Aussagen der Augenzeugen sind auf der Plattform noch einige andere Banditen gesehen worden. Die beiden getöteten Räuber sind junge Leute in guter Kleidung. Sie hatten nur etwas litauisches Geld und drei Revolver mit vielen Patronen bei sich. Dokumente wurden bei ihnen nicht gefunden. Das Kuriergepäck ist nicht verschwunden. Es herrscht die Ueberzeugung, daß es sich um einen kriminellen Raubüberfall handelt. Demgegenüber hat die russische Gesandtschaft an das lettische Außenministerium eine Protestnote gesendet, da sie der Meinung ist, daß ein politisches Attentat vorliegt.

Inland.

Trost der Philosophie.

Man kann es auch so auffassen.

Daß man die Sprachenverordnungen freudig begrüßen kann, wie die tschechischen Nationaldemokraten, ist aus der nationalistischen Denkart begreiflich. Daß man sie in gewissen tschechischen Kreisen totschwiege, wäre immerhin verständlich. Daß man sie auch auf tschechischer Seite ablehnt, wäre von jenen tschechischen Parteien, die sich nicht zu den Nationalisten zählen, zu erwarten gewesen. Daß man die Geste der nationalen Versöhnlichkeit mit der Sprachenverordnung vereinen kann, daß man sich mit sanfteren Worten als je zur Schicksalsgemeinschaft mit den Deutschen bekennt, in dem Augenblick, da die leider so verschiedenen Schicksale sich kraß enthüllen, daß man in einem Ausbruch des Nationalismus ein Mittel der nationalen Verständigung sieht, ist mindestens originell. Wie es gemacht wird, ist aus dem folgenden Zitat zu ersehen:

„Vom Urteilsspruch des Obersten Verwaltungsgerichtshofes über den Gebrauch der Staatssprache im Gewerbe war es sicher, daß sich unser Sprachengesetz nicht ohne ordentliche Verordnungen auswirken kann, welche das Gesetz in die Praxis umwandeln können. Es ist zu bedauern, daß das Sprachengesetz so lange ohne die Erläuterung der Verordnungen geblieben ist, wodurch viel Verwirrungen und Unannehmlichkeiten, wie auch böses Blut sowohl auf tschechoslowakischer Seite als auch auf Seite der nationalen Minderheiten geschaffen wurde. Dieser Stand hat entschieden nicht eine versöhnliche Stimmung und Ruhe zwischen Tschechen und Deutschen herbeiführen helfen.

Gestern wurde plötzlich die Sprachenverordnung erlassen. Es war dies in gewissem Sinne eine Ueberraschung sowohl für die Tschechen als auch für die Deutschen. Die heutigen Morgenblätter bringen den Wortlaut der Verordnungen und kommentieren sie auf verschiedene Art. Wir betrachten diese Kommentare journalistisch als verfrüht und deshalb für unsachlich. Beim ersten Durchlesen kann man über die Folgen der Sprachenverordnungen kein Urteil fällen. Die Verordnungen enthalten 100 ziemlich umfangreiche Paragraphen und fordern ein sorgsames Studium, bevor es möglich ist, über sie ein Urteil zu fällen. Diese Aufgabe überlassen wir Fachleuten.

Wir haben nur einen Wunsch: Die Sprachenverordnungen mögen endlich Beruhigung in die nationalen Streitigkeiten tragen und keine Ursache zu Unzufriedenheiten auf beiden Seiten geben. Wir Tschechen und Deutsche sind durch das Schicksal gezwungen, neben- und miteinander zu leben. Wir können nicht zwischen uns Brücken des Hasses errichten. Nur der beiderseitige Wille zum ruhigen Zusammenleben kann jenen Segen bringen, den verständige Herzen ersehnen.

Wir erwähnen, daß die Verordnung von unseren Ministern Genosse Ivan Dérer unterschrieb."

Wie der letzte Satz zeigt, ist es eine tschechisch-sozialdemokratische Stimme, die sich so vernehmen läßt und das Blatt ist das „Večerní Právo Lidu". Die Entscheidung den Fachleuten zu überlassen, mag noch als bequemer Ausweg gelten, da man seinen guten Grund hat, sich nicht „vorzeitig" zu äußern und sich die Folgen nicht auszumalen. Schließlich kann man auf tschechischer Seite ja auch etwas ruhiger die Wirkung abwarten als auf deutscher, der Henker dürfte den Folgen seiner Handgriffe ja auch wesentlich gefaßter entgegensehen als der Gehenkte. Das mit dem „ruhigen Zusammenleben" und dem Ende der nationalen Streitigkeiten aber ist mehr als possierlich. Ein Mensch bindet dem andern die Hände, tritt ihm auf den Bauch, mißhandelt ihn nach allen Regeln der Kunst und da der Gefesselte sich nicht wehren kann, stellt der Sieger, nachdem er sich von der „Ueberraschung" erholt hat, fest, daß kein Anlaß zum Streite bestehe und daß der Frieden eine schöne Sache sei. Da fehlt eben nur noch das „verständige Herz" des Geprügelten. Aber wie wir die unersättlichen Deutschen und ihre schwache Auffassungsgabe für jene Art der Philosophie, die erst seit 1918 im Schwange ist, kennen, werden sie das „verständige Herz" natürlich wieder nicht aufbringen, werden darüber Zeter und Mordio schreien, daß man sie ohrfeigt, — wiewohl sie diese Tatsache noch nicht „sorgsam studiert" haben — und so den aussichtsreichen Versuch zunichte machen, der den nationalen Frieden nach langem verderblichen Streit so einfach und schmerzlos herstellen sollte. So einfach, daß man, um das einzusehen, nicht einmal das Urteil der „Fachleute" abwarten muß, um der Gefahr vorzeitiger Urteile aus dem Wege zu gehen.

Immerhin: Geduld bringt Rosen, vielleicht lernen wir mit den Jahren die Logik, mit der man alles zum Guten wenden kann und sehen ein, daß auch die unerträglichsten Gewaltstreiche sich als Wohltaten hinstellen lassen; es kommt nämlich bei jeder Sache nur auf die Auffassung an!

Das Echo der Sprachenverordnungen in der tschechischen Presse.

Was Geistes die Sprachenverordnungen sind, zeigt am besten der Umstand, daß die nationaldemokratische Presse vor Freude ganz aus dem Häuschen geriet. Die Prophezeiung des „Pravo Lidu", daß die Regierung wegen der Sprachenverordnung auch von tschechischer Rechtsseite angegriffen werden dürfte, erfüllt sich nicht. Im Gegenteil. Die „Narodni Listy" melden sich stolz zu ihrem Werke.

Sie konstatieren für die Gegenwart und die Geschichte, daß die Herausgabe der Sprachenverordnung vor allem ein Verdienst ihrer Partei sei, die unverrückt gegenüber anderen Parteien darauf bestand, daß die Sprachenverordnungen, und zwar ehestens, herausgegeben werden müßten. „Wenn diese Halsstarrigkeit und Entschiedenheit unserer Partei nicht gewesen wäre, würden wir auf die Herausgabe der Sprachenverordnungen noch länger warten." „Wir haben," erklärt das Blatt, „diese Pflicht gern getan, weil es sich uns in nationalpolitischer Hinsicht um die Ordnung und Sicherheit in den Rechten der Staatssprache darum gehandelt hat."

In dasselbe Horn bläst die „Narodni Politika".

Sie konstatiert vorläufig mit Genugtuung, daß es nach fünf Jahren endlich zur Herausgabe der Sprachenverordnungen kommt. Sie sind unerläßlich, damit endlich die Anarchie in diesem wichtigen Komplex der staatlichen und autonomen Verwaltung aufhört. Wie zu erwarten ist, werden unsere Deutschen ein Geschrei erheben und über uns vor der ganzen Welt klagen. Allerdings ohne Grund, denn der erste Eindruck über die eben herausgegebene Sprachenverordnung ist der Eindruck einer gerechten Schonung gegenüber jenen, die mit uns ganz anders umgegangen wären, wenn sie im Kriege gesiegt hätten.

Natürlich ist auch „28. Říjen" sehr zufrieden.

Den Standpunkt der Tschechisch-Klerikalen verdolmetschen „Lidove Listy" wie folgt:

„Die letzte Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes hat schließlich die Oeffentlichkeit erregt, die sich dessen bewußt wurde, daß die Staatssprache noch nicht Herr im eigenen Staate ist und es wurde deshalb nach einer beschleunigten Herausgabe der Sprachenverordnungen im Interesse der staatlichen Autorität gerufen."

Die tschechischen Agrarier sind ebenfalls begeistert:

„Venkov" bezeichnet die Herausgabe der Sprachenverordnungen als einen großen Schritt nach vorwärts in der Regelung der inneren Verhältnisse und einen weiteren Schritt zur Befestigung der inneren Ordnung. Die Verordnung spreche deutlich und auch höchst gerecht (!) nach allen Seiten, wie es unsere Demokratie selbst verlange. Mit der Verordnung werde jeder vollständig zufrieden sein, dem das Interesse der Tschechoslowakischen Republik aufrichtig am Herzen liegt.

Bemerkenswert ist, daß die sonst vernünftige „Tribuna", die besonders in nationaler Hinsicht nie auf dem chauvinistischen Standpunkt gestanden ist, in den übrigen Koalitionschor mit einstimmt. Sie erklärt, daß die Sprachenverordnungen zweckmäßig sind, findet merkwürdigerweise, daß sie „geeignet sind, den Sprachenkampf zu beseitigen" und daß „bei anständiger Betrachtung der faktischen Verhältnisse auf deutscher Seite keine Bedenken gegen die Verordnung bestehen" können. Das Blatt schließt: „Die staatsmännische Tat ist der Regierung gelungen"....

Ueberflüssig zu sagen, daß auch „Ceske Slovo" zufrieden ist. Bemerkenswert ist, was das Blatt über die Tätigkeit der Nationalsozialisten in jenen Ressorts, die sie beherrschen, sagt:

Die Verordnung bezieht sich nicht auf die Eisenbahn und Post, weil diese beiden Ministerien, die von unseren Parteiangehörigen als Unternehmungsinstitutionen geleitet wurden, nicht an das Sprachengesetz gebunden waren und sich selbst eine einheitliche tschechoslowakische Amtierung eingeführt haben. Es ist dies der beste Beweis, wie unberechtigt in dieser Richtung die gegen unsere Partei unternommenen Angriffe und die in der letzten Zeit gegen Doktor Franke so gesteigert wurden, der in sprachlicher Hinsicht in den von ihm geleiteten Ressorts im Sinne des Gesetzes gehandelt und in der Praxis sie bereits den Durchführungsverordnungen ist weder eine d enDurchführungsverordnungen ist weder eine politische Tat noch ein Erfolg dieser oder jener politischen oder nationalen Gruppe zu erblicken. Es ist eine offensichtliche administrative Maßnahme, die bereits längst gefordert wurde und nach der die Verhältnisse allgemein gerufen haben. Aus diesem Grunde begrüßen wir ihre Verwirklichung; wir selbst haben sie von Anfang gefordert und wo wir direkten Einfluß hatten, haben wir sie in der Praxis durchgeführt.

Schließlich erklärt das Blatt, die Verordnung zeige einen „friedlichen Geist". Wahrscheinlich denselben friedlichen Geist, der auch Herrn Franke beseelt!

„Lidove Noviny" schreiben:

„Das politische Echo der Verordnung wird unzweifelhaft laut sein. Es wird behauptet, daß sie in der Koalition ein Kompensationsobjekt für die vorbereitete de jure-Anerkennung Rußlands war. Es wird Sache eines eingehenden materiell-rechtlichen Studiums sein, sicherzustellen, inwieweit nach sechsjähriger Gültigkeit des Sprachengesetzes durch die Herausgabe der gegenwärtigen Verordnung die Grundlagen für eine ordentliche Durchführung des Gesetzes gegeben sind und ob die qualvollen und die staatliche Autorität schädigenden Konsequenzen administrativer Irrtümer und Uebergriffe eingeschränkt werden. **Für die Koalition ist allerdings in jeder Weise die Nichtzustimmung der Sozialdemokraten eine sehr bedenkliche Erscheinung. Ein Glied der Koalition zu sein und ihre wichtigsten Eingriffe in die Rechtsordnung nicht zu unterschreiben, ist zwar im Geiste dieser Koalition, aber es ist auch ein Beweis für ihre innere Unsolidität und Schwäche."**

Das „Pravo Lidu" weist darauf hin, daß durch den § 99 der Sprachenverordnungen die letzte gerichtliche Entscheidung bezüglich der Aufschriften in Gasthäusern geregelt wird. Das Blatt kündigt für den Eisenbahn- und Postdienst besondere Sprachenverordungen an.

Das „Rude Pravo" zeigt in seinem Morgenblatt an, daß es den Inhalt der Verordnung nicht kennt und daß man annehmen könne, daß den nationalen Minderheiten neues Unrecht angetan werden wird. Im Abendblatt bemerkt das „Rude Pravo", daß die Sprachenverordnungen vom nationalistischen Chauvinismus inspiriert sind, daß sie ein Hohn sind auf die Prinzipien der Selbstbestimmung und daß sie **die nationale Unterdrückung der Minderheiten in diesem Staate weit ärger machen, als es die nationale Unterdrückung der nichtdeutschen Nationen im alten Oesterreich war!**

Vereinigung der Differenzen der beiden Metallarbeiterverbände.

Prag, 5. Feber. Unter Vorsitz des Sekretärs des „Internationalen Metallarbeiterbundes", Genossen Ilg, tagte heute in Prag der Vollzugsausschuß des Internationalen Metallarbeiterbundes. Anwesend waren noch die Genossen Brouwlie-London, Labe-Paris, Diesmann-Stuttgart, Domes und Bartunek-Wien, Hansen-Kopenhagen und die Vertreter beider Verbände.

Nach eingehender freundschaftlicher Beratung wurde einmütig folgende Resolution beschlossen:

„Der Vollzugsausschuß des I. M. B. stellt in seiner Sitzung vom 5. Feber 1926 in Prag nach Anhörung der Vertreter der beiden Bruderverbände in Prag und Komotau sowie des Genossen Domes aus Wien fest:

1. daß die Vertreter beider Bruderverbände die ausdrückliche Erklärung abgaben, daß sie auf dem Standpunkt einer Einheitsorganisation der Metallarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik stehen sowie daß grundsätzlich darüber keine Differenz besteht.

2. Genosse Hampel erklärt im besonderen, daß der Prager Bruderverband einverstanden sei, den Komotauer Kollegen im Falle einer Verständigung und Verschmelzung eine weitgehende Autonomie zu gewähren.

3. Demgegenüber erklärt Genosse Kaufmann, daß seine Organisation ein freundschaftliches, brüderliches Zusammenarbeiten und nachher eine etappenweise Verschmelzung anstrebe.

4. Gestützt auf diese Erklärungen beauftragt der Vollzugsausschuß die beiden Bruderorganisationen, durch gemeinsame Besprechung Vorschläge zu paragraphieren und dem Vollzugsausschuß schriftlich einzureichen.

5. Diese Vorschläge sind bis spätestens 1. Juli 1926 dem Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterbundes einzusenden.

6. Es wird ausdrücklich vereinbart, daß bis zum Abschluß der Beratungen durch den Vollzugsausschuß jede Polemik und unfreundliche oder gar feindselige Maßnahme in Wort und Schrift strikte unterbleiben muß."

Durch diesen Beschluß haben beide Teile den ernsten Willen bekundet, die bestehenden Differenzen und Gegensätze auszugleichen, um zu jenem freundschaftlichen Zusammenarbeiten zu gelangen, das im Interesse der Metallarbeiterschaft dieses Staates nötig ist.

Der Rabbiner des Herrn Krebs.

Der „Tag" und seine Noteles-Blamage.

Der „Tag" kann, wie allseits bekannt, keinen Juden leiden, doch hie und da macht er eine Ausnahme. Manchmal finden sich dafür „wissenschaftliche" Gründe, der Jude hat eben „ausgemendelt", er ist arisch geworden, manchmal führt man das Verfahren nach anderen Grundsätzen durch. So tat man es beim Rabbiner Noteles, der anscheinend deshalb unter die Arischgesichter des völkischen Paradieses aufgenommen wurde, weil er seine 20 Monate Kerker abgedient und so seine Geistesverwandtschaft mit den Feme- und anderen Mördern, die der „Tag" so liebt bewiesen hat. Ueber den Fall Noteles schrieb der deutschnationale Parteisekretär Ansorge in einigen Blättern. Er sagt unter anderm:

„Das „Brünner Montagsblatt" war mit seinem Notelesartikel nicht allein. Vor einiger Zeit las die Welt zu ihrem Erstaunen im deutschen nationalsozialistischen „Tag" ebenfalls einen groß aufgemachten Artikel dieses — „Rabbiners". Merkwürdige Mitarbeiter schon, das muß man sagen, dachte sich wohl mancher bei dieser seltsamen Lektüre. Aber man behielt es für sich — das nationalsozialistische Blatt mußte doch wissen, was es tat? Freilich, noch allgemeiner ward das Schütteln des Kopfes, als man diesen schönen Aufsatz (dem das Blatt mit dem Hakenkreuz am Kopfe in einer eigenen Merke gerade deshalb besondere Wichtigkeit beimaß, weil er von einem Juden stammte (!) eingehender las. Darin war nämlich von der Herrlichkeit des Deutschen Reiches, von der Sehnsucht „der sudetendeutschen Brüder" nach Befreiung, von ihren sehnlichsten Wünschen und anderen schönen Dingen die Rede und der angebliche „Rabbiner" forderte schließlich seine Stammesgenossen (wie viele davon den „Tag" schon lesen werden) auf, auszuhalten und den „Glauben an die endliche Wiedervereinigung mit dem Mutterlande" nicht aufzugeben."

Der „Tag" nimmt auf die Ausführungen Ansorges Bezug und regt sich nun darüber auf, daß man den Tschechen zu Liebe den Fall so ausschrote. Kein Wort des Bedauerns oder der Scham findet das völkische Blatt, nur Entrüstung darüber, daß andere das Kind beim wahren Namen nennen. Das Bewußtsein, als antisemitisches Blatt ärgster Sorte sich ohnehin schon lächerlich gemacht zu haben, als der Noteles zum Mitarbeiter vorrückte, müßte um so mehr zum mahnenden Gewissen werden, da der Rabbiner ein Schwindler und Einbrecher ist. Nichts von alledem! Mit stolzen Mienen trägt Krebs seinen Reinfall zur Schau, bezichtigt andere des nationalen Verrats, wenn sie das Lachen nicht verbeißen können, bricht für den zum soundsovielten male blamierten Baeran eine Lanze und kämpft weiter für die Befreiung vom jüdischen Joch Seite an Seite mit Noteles.

„Der eine saß, der andere stand . . . ."

Prag, 5. Feber. Zweieinhalb Monate nach den Wahlen sind die Deutschbürgerlichen heute endlich daran gegangen, die versprochene Einheitsfront herzustellen. Doch schon bei der „gründenden" Sitzung konnten sich die Brüder nicht einigen: Der eine saß, der andere stand, der dritte — blieb ganz draußen. Denn so meldet es das abends herausgegebene offizielle Kommuniquee:

„Die Vertreter der parlamentarischen Klubs des Bundes der Landwirte, der Deutschen christlichsozialen Volkspartei, der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der deutschen Gewerbepartei haben heute im Sinne der Klubbeschlüsse einhellig den Satzungsentwurf des „Deutschen Verbandes" genehmigt und damit den Zusammenschluß dieser Parteien zum „Deutschen Verbande" vollzogen. Mit der vorläufigen Geschäftsführung wurde der Abgeordnete Prof. Dr. Spina betraut. Die Deutsche Nationalpartei hatte vorher erklärt, derzeit mit Rücksicht auf den Wortlaut des Satzungsentwurfes dem Verbande nicht beitreten zu können. Der Verband befaßte sich mit der durch die Erlassung der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetze verschärften politischen Lage und beschloß, Gutachten juristischer Autoritäten für die weiteren Schritte einzuholen. In der demnächst stattfindenden Vollversammlung des Verbandes wird das weitere Verhalten festgelegt werden."

Wir werden uns mit dieser neuesten „Einheitsfront" noch eingehend beschäftigen.

Der Vollzugsausschuß unserer Partei und der Klub der deutschen Abgeordneten und Senatoren wurde für Mittwoch, den 10. Februar zu einer Sitzung zusammenberufen, in welcher zu der Herausgabe der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz Stellung genommen wird. In derselben Sitzung wird auch die Entscheidung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wegen des von der gesamten Opposition eingebrachten Antrages auf sofortige Einberufung des Parlamentes zur Besprechung kommen.

Tschechische Sozialdemokraten und Agrarier gegen die Kongruavorlage. Die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren hielten eine Sitzung ab, in der konstatiert wurde, daß die Nachrichten, als ob bezüglich der Regelung der Bezüge der Geistlichen eine Einigung in der Koalition erzielt worden wäre, nicht auf Wahrheit beruhen. Die sozialdemokratischen Vertreter haben in dieser Sache keine Vereinbarung getroffen, weil ihre Klubs auf dem früheren Beschlusse verharren, wornach sie eine Regelung der Kongrua auf Staatskosten ablehnen. Es wurde beschlossen, zu fordern, daß im Gehaltsentwurfe die Bezüge der Beamten mit den verschiedenen Zulagen die Ministergehälter übersteigen. Die Klubs lehnen die Herabsetzung der Invalidenrenten, die Arbeitslosenunterstützung, die Lohnherabsetzung für Arbeiter in staatlichen Betrieben, die Verschlechterung der Kranken- und Unfallversicherung ab, weil es nicht möglich ist, für das neue Gehaltssystem die Bedeckung durch eine größere Verelendung der am meisten bedrohten wirtschaftlichen Schichten zu suchen. — Das Präsidium der tschechischen Agrarpartei hielt eine Sitzung ab, in welcher betont wurde, es liege nicht im Interesse des in Verhandlung befindlichen Gehaltssystems, daß es nachträglich mit der Kongrua-Frage kompliziert werde; es wurde beschlossen, zu fordern, daß der bisherige präzise Effekt des Abbaugesetzes mitgeteilt werde.

Der zwölfgliedrige Ausschuß der koalierten Parteien hielt gestern vormittags eine Sitzung ab, in der u. a. beschlossen wurde, den das Verfahren bei einer Strafverfolgung des Präsidenten der Republik und der Mitglieder der Regierung regelnden Gesetzentwurf, der bereits vom Senate genehmigt wurde, einer Umarbeitung zu unterziehen.

Tagesneuigkeiten.

Was den Kapitalisten nicht weh tut,

oder Nationalökonomie für Pfarrersköchinnen.

Die österreichischen Bischöfe haben, wie wir bereits berichtet haben, vor kurzer Zeit einen Hirtenbrief erlassen, der sich mit volkswirtschaftlichen Fragen befaßt. Mit diesem Produkt bischöflicher Gelehrsamkeit wurde sicher einem dringenden Bedürfnis abgeholfen. Man erinnert sich, daß die Börsenspekulanten sich die Haare ausraufen, weil sie sich über die moralische Bewertung des Valutenhandels nicht klar waren und verzweiflungsvoll ausriefen: E geistlichen Exes müßt einer haben! Die Arbeiter in den Fabriken waren nicht minder überzeugt davon, daß ihre Sorgen und Lohnforderungen nicht so einfach aus den Bedürfnissen ihres hungrigen Magens zu lösen sind, sondern daß sie vorher wissen müßten, ob ihre Forderung moralisch gerechtfertigt sei, ob sie nicht den Unternehmer an den Bettelstab brächten und ob es nicht überhaupt im Willen Gottes läge, daß die Einen Hungers sterben und die Andern im Ueberfluß schwimmen. Man sah daher manchen Arbeiter und manche Arbeiterin die Hände ringen und verzweifelt fragen: Wenn wir nur wüßten, ob es moralisch ist, eine Lohnerhöhung zu fordern, wenn uns nur der Herr Pfarrer eine Auskunft geben könnte! Die armen Leute rannten den Fräulein Köchinnen die Türen ein, aber die wußten auch nicht, ob ein guter Christ den Kapitalismus gutheißen oder bekämpfen solle.

Da kam der Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe, den die Prager „Deutsche Presse" daher das „wichtigste Ereignis" der Zeit nannte. Das Zentralorgan der Pfarrersköchinnen kommt sogar nochmals auf den Hirtenbrief zurück und setzt seinen Lesern auseinander, was es mit dem Kapitalismus für eine Bewandtnis habe. Also, das ist so:

Wir wissen, woran die Gesellschaft heute krankt. Auf der einen Seite Ueberreichtum, Luxus und Wohlleben — auch heute noch!—, wenn auch dieser oder jener statt 200.000 vielleicht nur mehr 100.000 K zu verzehren und dies oder jenes luxuriöse Vergnügen etwas haben einschränken müssen, — auf der anderen Seite Not oder ein ungesicherter, sorgenbeschwerter Lebenshaushalt.

Während sie's also früher nicht wußten und es ihnen demnach nicht heiß machte, wissen sie's jetzt. Es gibt, wie sich nach genauen Nachforschungen ergeben hat, auf der einen Seite Ueberreichtum — „auch heute noch!" — während wir doch glaubten, so was gebe es schon seit Menschengedenken nicht mehr!

„Der Arbeiter hat heute teilweise allerdings einen besseren Lohn, — aber keine besseren Lebensverhältnisse. Der Festangestellte hat weniger als früher. **Nur der Kapitalist lebt — wie früher.**"

Geh'st denn nicht! Wer sich das denkt hätt', Kathl!

„Diese Wahrheit mag diesen oder jenen hart treffen oder peinlich berühren, aber trotzdem bleibt sie die Wahrheit. Die tatsächlichen, unglückseligen Verhältnisse veranlassen die österreichischen Bischöfe, „endlich Lehren des Christentums in Erinnerung" zu rufen. „In Erinnerung rufen!" — das heißt, sie sind bei der Allgemeinheit, bei den Stellen, die sich nach ihnen richten sollten, in Vergessenheit geraten und werden nicht mehr befolgt."

Es beginnt also zwischen den Bischöfen und den Kapitalisten jetzt das Spiel, das man von gewissen Straßenszenen zwischen Großmüttern, Tanten, Mamas, Gouvernanten und geplagten Kindermädchen einerseits, Dackeln, Windhunden und verzogenen Fratzen andererseits so gut kennt: Wirst folgen oder nicht?! Geh'st her oder net?! Folgst oder folgst nicht?!

In der Regel folgen sie nicht.

Aber es kommt besser, jetzt werden sie deutlicher:

„Woran wir kranken: am Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt. Die katholische Kirche verbietet und „verurteilt den ausbeuterischen und gottlosen Kapitalismus," (es gibt also auch einen gottgefälligen?), der sich nur deshalb von der Zeit an entwickeln konnte, weil und seitdem die christlichen Lehren — nicht befolgt wurden. Dieser in Grund und Boden zu verurteilende Kapitalismus ist die Folge der „als Errungenschaft" bezeichneten „wirtschaftlichen Freiheit" von heute."

Spät haben sie's eingesehen, aber jetzt machen sie aus ihrem Herzen auch keine Mördergrube, und wenn sie zehnmal den Ast absägen, auf dem sie sitzen, die christliche Moral erlaubt es nicht, daß der Kapitalismus, an dem wir kranken, geschont wird. Es ist kein G'schpaß! Nachdem er einmal durchschaut ist, geht's ihm an den Kragen. Er konnte sich erst entfalten, als die christlichen Lehren nicht mehr befolgt wurden. Bischöfe, Kardinäle, Päpste und Aebte taten ihr Bestes dazu, ihn zu verwirklichen, aber das war eben eine falsche Diagnose, wir wissen jetzt, woran wir kranken, (— Zwischenruf aus der Menge: „Das haben wir längst gewußt!" —) und der Kapitalismus wird „in Grund und Boden verurteilt". Mehr noch:

die Kirche „verbietet" den Kapitalismus!

Bei der nächsten österlichen Beichte werden die Unternehmer ihre Vermögen verschenken, ihren Besitz an den Produktionsmitteln abtreten, die Bankkapitalisten ihre Gelder umsonst auf den Markt bringen müssen. Das wird fein sein und jeder mag sich schon jetzt nach Belieben freuen. Aber der Pferdefuß kommt nach:

„Heißt das, daß die katholische Lehre alles aus der Welt schaffen möchte, was die Neuzeit und letzte Zeit hervorgebracht hat? — Keineswegs!"

Aber woher denn! Das wäre noch schöner! Es sind nämlich, wie sich dann herausstellt, nur vier Punkte am ganzen Kapitalismus, die der Kirche mißfallen. Sie nimmt es genau, auch mit dem Punkt auf dem i und es wird dem Kapitalismus nichts nachgesehen. Die vier Punkte sind:

„1. Der gegenwärtige Kapitalismus stellt den Besitzerwerb an die Spitze aller menschlichen Bestrebungen. Er verlangt ein „schrankenloses, ein pflichtenloses Eigentumsrecht."

2. Der heutige Kapitalismus hat die Volkswirtschaft so eingestellt, daß nicht vielleicht die „Deckung des Bedarfes", sondern nur die „möglichste Bereicherung des einzelnen" Antrieb und Ziel des Handelns ist.

3. Diesem Treiben fiel auch „die persönliche Würde des Arbeiters zum Opfer", man machte ihn zum „Gegenstand der Ausbeutung", man nahm „keine Rücksicht auf seine Lebensbedürfnisse, noch viel weniger auf seine religiösen Pflichten" (Oho!), er wurde „um den gerechten Arbeitslohn betrogen" und „verarmte auch seelisch immer mehr."

4. Unter dem Einfluß dieses Kapitalismus ging auch „alle Gemeinschaft unter den Menschen verloren."

Ausgerechnet vier Punkte, nicht um einen weniger! Wenn die Kapitalisten sie nicht annehmen, diese vier Punkte, dann bekommen sie eins auf ihre fünf Buchstaben.

„Flammenworte" nennt die „Deutsche Presse" den Hirtenbrief, die Nacht werde er erleuchten (—möcht man glauben! —). Aber es ist mit dem Kampf der Kirche gegen den Kapitalismus, der sich auf die vier Punkte beschränkt, so wie mit der Dame ohne Unterleib und anderen Jahrmarktskünsten, es sieht nur so aus. „Und wenn du glaubst, der Mond geht unter, er geht nicht unter, es scheint nur so", hieß es in einem stumpfsinnigen Schlager. Es wird des Hirtenbriefes wegen kein einziger Kapitalist eine schlaflose Nacht haben. Höchstens die Pfarrfräulein werden sich aufregen: Jessasmarandjosef, wos es heit olles gibt!

Die Folgen des Sprachgesetzes sind vorläufig noch gar nicht abzusehen. Es werden tatsächlich die Fachleute ausrücken müssen, um alle Möglichkeiten der Auslegung zu erwägen. Generationen von Juristen, die sonst nicht wüßten, wohin mit der Weisheit, werden sich der dankenswerten Aufgabe unterziehen können, in den 100 Paragraphen der Verordnung Flöhe zu suchen. Vorläufig nur einmal zwei Proben: Ich komme zu einem Beamten (oder ein Beamter kommt zu mir), der mich tschechisch anspricht. Im Bewußtsein völliger oder teilweiser, aber ausreichender, Unkenntnis der Staatssprache erwidere ich mit einem schüchternen „Nerozumim ješky". Nun kann der Beamte aus der Tatsache, daß ich mit einem tschechischen Satz geantwortet habe, schließen, daß ich die Staatssprache beherrsche, denn das Gesetz überläßt es seinem Ermessen, aus meinem „Wohnort oder aus anderen Umständen" (fehlte noch, daß ich in solchen wäre!) zu ermessen, ob ich die Staatssprache zu sprechen befähigt bin oder nicht. Er stellt also, wie gesagt, nach dem Nerozumim fest, daß ich tschechisch kann. Durch meine Antwort habe ich mich aber geweigert, die Staatssprache zu sprechen, ja ich habe über meine „sprachlichen Fähigkeiten" eine unrichtige Auskunft gegeben. Ich bin nach dem Ermessen des allmächtigen Beamten sachfällig und werde bestraft. Theoretisch ist aber auch der Fall möglich, daß ich behaupte, tschechisch zu verstehen und der Beamte ist aus meinem „Wohnort oder anderen Umständen" der Meinung, daß ich nicht tschechisch kann. Etwa so: Der Beamte bedient sich, was im Amtsverkehr vorkommen soll, einer nicht salonfähigen Redensart, die er auf tschechisch vorbringt. Da nun aber meist gerade die geflügelten Worte, deren sich eine Nation zum Schimpfen bedient, auch anderen Nationen geläufig sind, so verstehe ich den Ausdruck (sagen wir ein „zatracena opice!") beschwere mich und behaupte damit, ich verstünde die Staatssprache. Der Beamte ist aber der Meinung — und niemand darf ihm von gesetzeswegen hineinreden — daß ich gemäß der erwähnten Umstände nicht tschechisch können kann und schon habe ich das Vergehen auf dem Kerbholz, über meine sprachlichen Fähigkeiten eine falsche Auskunft gegeben zu haben. Keine Macht der Welt rettet mich vor der Strafe. Es wird so wie so ein Unglück sein. Kann ich tschechisch, so muß man mir's nicht glauben und kann mich im wahrsten Sinne des Wortes „Lügen strafen", kann ich's nicht und der Beamte meint, ich kann's, dann zahle ich auch. Selig sind die Taubstummen, denn bei ihnen ist alles egal!

Die Verteidiger Baerans, die Brünner Advokaten Dr. Goller und Dr. Buchta, waren vom Senate des Landesstrafgerichtes mit Urteil vom 8. Oktober 1924 von der Anklage auf Verbrechens-Begünstigung, Dr. Goller außerdem wegen falscher Aussage und wegen Verleitung zur falschen Aussage freigesprochen worden. Es handelte sich um den angeblichen Versuch, den Handkoffer des Karl Schwabe, in welchem u. a. 10 Photographien wichtiger militärischer Dokumente gefunden wurden, Ende 1922 durch die Stenotypistin aus der Kanzlei des Dr. Goller aus der Bahnhofsgarderobe zu beheben. Die Staatsanwaltschaft erhob wegen der Ablehnung des Verhöres einiger vom Staatsanwalte vorgeschlagener Zeugen und gegen die Begründung des freisprechenden Urteils die Nichtigkeitsbeschwerde. Der Vertreter der Generalprokuratur schlug gestern vor dem Obersten Gericht in Brünn nach ausführlicher Begründung vor, der Nichtigkeitsbeschwerde hinsichtlich des Dr. Buchta nicht stattzugeben, hinsichtlich Dr. Gollers aber derselben voll zu entsprechen, das freisprechende Urteil aufzuheben und ein neues Verfahren bei der ersten Instanz einzuleiten. Der Oberste Gerichtshof gab dem Antrage der Generalprokuratur statt, lehnte die Nichtigkeitsbeschwerde hinsichtlich Dr. Buchtas ab, gab aber derselben hinsichtlich Dr. Gollars statt und ordnete eine neuerliche Verhandlung der Angelegenheit vor der ersten Instanz wegen aller drei in der Klage angeführter Delikte an.

Die lebensmüde Tänzerin. Man schreibt uns: Vor einigen Tagen stürzte sich ein siebzehnjähriges Ballettmädchen in Prag in die Moldau, um ihrem Leben wegen Beschäftigungslosigkeit ein Ende zu machen. Sie wurde gerettet, kam ins Spital, wo sie nach fünftägigem Aufenthalte mit einer Armverletzung, die sie bei dem Moldausprung erlitt, entlassen wurde. Das Mädchen wurde dem Verein „Soziale Hilfe" übergeben, wo sie sich noch heute befindet. Sie war an einem Provinztheater als Balletteuse engagiert, das Theater stellte seine Spielzeit ein, sie kam nach Prag, wo sie, der Landessprache nicht mächtig, aus Not die Verzweiflung ergriff. Sie ist derzeit beschäftigungslos, weigert sich, in einer Bar aufzutreten, da mit dem Barengagement gleichzeitig die Verpflichtung übernommen wird, nach dem Tanz sich mit den anwesenden Herren zu „unterhalten". Wer will für das Mädchen etwas tun? Adresse erliegt im „Sozialdemokrat".

Der Leichenfund in Prag-Karolinenthal ist trotz der Obduktion der Leiche bisher nicht aufgeklärt worden. Nach dem Polizeibericht hat der Befund der Leichenöffnung ergeben: Bei der äußeren Untersuchung stellte man eine kleine Abschürfung auf der Nase und auf der Nasenwurzel sowie zwei unscheinbare Hautabschürfungen an den Fingern der linken Hand fest. Bei der inneren Untersuchung wurde festgestellt, daß es sich um einen Herzschlag wahrscheinlich nicht handelt, da das Herz gesund ist. Es wird jedoch noch mikroskopisch untersucht werden. Prof. Dr. Dittrich erklärte nach der Obduktion, es bestehe der Verdacht, daß es sich um einen gewaltsamen Tod, und zwar durch Ersticken, handeln könnte, doch sei allerdings ein natürlicher Tod nicht ausgeschlossen. Spuren, die auf eine sexuelle Vergewaltigung weisen könnten, wurden nicht gefunden. Die Leiche hatte noch alle Ringe und die Ohrgehänge; dagegen wurde kein Geld gefunden. Nach den bisherigen Nachforschungen wurde die Kosi zum letztenmal um 9 Uhr abends in einer Restauration unweit des Invalidenplatzes gesehen, in der sie ein schwarzes Bier getrunken hat. Die polizeilichen Nachforschungen werden fortgesetzt.

Treue Hüter der Staatssprache. Wir veröffentlichten unter diesem Schlagwort vor kurzem eine Notiz über den Sprachgebrauch bei der „Elektra"- und bei der „Ufa"-Filmgesellschaft. Die Leitung der „Elektra" erkundigte sich bei uns nach dem Anlaß der Notiz, stellte fest, daß es sich um einen Fehler eines untergeordneten Angestellten handle, und wir zögerten nicht, die Erklärung, daß die „Elektra" mit Deutschen deutsch verhandle, der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Die „Ufa" hält es nicht der Mühe wert, den Anlaß zu erfragen, sondern teilt uns durch ihren Anwalt mit, daß „ihr Verkehr mit der Kundschaft in nationaler Hinsicht" ebenso „mustergültig" sei wie ihre Solidität. „Es wird mit jedermann in seiner Sprache gesprochen, korrespondiert und selbstverständlich auch telephoniert". Wir stehen nicht an, auch diese Erklärung zu publizieren. Dagegen bleibt nach wie vor der Fall, der uns den Anlaß zu unserer Notiz lieferte, ungeklärt. Er bestand darin, daß unserem Filmreferenten bei einer Pressevorführung von einem Vertreter der „Ufa" auf eine deutsche Frage tschechisch geantwortet wurde. Ob da ein Irrtum oder ein Uebergriff vorliegt, teilt man uns nicht mit.

Der Kampf gegen die Zinsknechtschaft:

Wieder eine verkrachte Hakenkreuzbank.

Das Geld der kleinen Leute wurde verspekuliert!

Mitte Jänner brachten die bürgerlichen Blätter Kärntens im verstecktesten Winkel und in der kleinsten Schrift die Nachricht, daß

die Klagenfurter Bank Lorenz, Michner u. Komp.

ihre Schalter schließen mußte. Man weiß leider zu gut, was das zu bedeuten hat, wenn eine Bank zusammenbricht, und mußte daher um so erstaunter sein, daß die Bank- und Börsenpresse in der Provinz das nicht gar häufige Ereignis eines heimischen Bankkrachs so schüchtern und diskret meldete. Man stelle sich nur vor, wenn das Malheur ein sozialdemokratisches Institut betroffen hätte! Warum diese Rücksicht? Warum die Scheu der Behörden? Nun, die verkrachte Bank ist ein reizvolles Glied in der Kette christlichsozialer, deutschnationaler und hakenkreuzlerischer Banken, die von echten „Volksmännern" gegründet und von den höchsten Kreisen so lange gestützt und unterstützt worden waren, bis sie von den Leitern ausgeraubt wurden und dann natürlich zusammenbrachen.

Die Klagenfurter Bank Lorenz, Michner und Komp. ist eine stramm

hakenkreuzlerische Geld- und Spekulationsbude

gewesen, in der die Radau-Nationalsozialisten nicht nur ihre Parteibank sahen, weil die für die „Bewegung" wiederholt eine freigebige Hand zeigte. Die Firmeninhaber, frühere aktive Offiziere, sind Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, ein an den Geschäften der verkrachten Bank interessierter Bruder ist sogar der einzige nationalsozialistische Landtagsabgeordnete in Kärnten.

Wer sind die Geschädigten bei dem Zusammenbruch, Kleinhandwerker, abgebaute Angestellte, Dienstboten, Arbeiter lauter kleine Leute, die sich durch die höheren Prozente, welche die hakenkreuzlerische Lotterbank anbot, locken ließen.

Die hakenkreuzlerischen Spekulanten versprachen die höchste Verzinsung (noch in der letzten Zeit 13 Prozent!) und waren daher konkurrenzlos im Kampfe um die sauer ersparten Gelder der ärmsten Teufel. Die Wirtschaft in der „Bank" war auch demgemäß hochstaplerisch. Obwar in den letzten Monaten von den Schwächezuständen der Hakenkreuzlerbank viel die Rede war, dementierte sie diese „Gerüchte", bot noch höhere Verzinsung und lockte den Einlegern weitere Beträge heraus. Die deutschnationale und bürgerliche Presse in Kärnten und Steiermark blieb taub, blind und stumm und förderte durch ihr „völkisches" Verhalten die Lumpereien der hakenkreuzlerischen Bankschwindler. Dies alles, weil die an der Spekulation beteiligten Bankleute gute und treubewährte Hakenkreuzler waren! Geradezu als Entschuldigung für das Malheur der Lorenz-Michner-Leute fügten die Kärntner und steirischen Zeitungen der Mitteilung über den Zusammenbruch die Vertröstung an, die Bank werde sich bemühen, alle ihre Kunden voll zu befriedigen. Aus einer Anfrage unserer österreichischen Genossen im Nationalrat erfährt man nun, daß diese Hakenkreuzlerbank offenbar auf Intervention der politischen Macher von der Nationalbank und Postsparkasse mit ungefähr 400 Millionen Kronen „saniert" werden soll. — Für solche Zwecke ist in Schiel-Oesterreich scheinbar Geld genug vorhanden!

Rundfunk für Alle!

Das deutsche Wochenprogramm der Radiopropagandawoche.

Sonntag, den 7. d.: Hölzlin und T. Ondra, Mitglieder des deutschen Landestheaters in Prag; Rezitationen deutscher Dichter aus der Tschechoslowakei; hierauf um 18.45 Konzert der Radiokapelle: Deutsche Komponisten.

Montag, den 8. d.: Prof. Dr. O. Frankl: Ueber moderne Bildungsfragen.

Dienstag, den 9. d.: Ing. M. A. Klimsch-Aussig: Der Radiosender und die Radioempfangsstation.

Mittwoch, den 10. d.: Deutsche Arbeitersendung, Redakteur Genosse Goldschmidt: „Die Arbeiter und der Rundfunk."

Donnerstag, den 11. d.: MUDr. Arnold Brandeis: Wesen und Wert der Körperkultur.

Freitag, den 12. d.: Deutsche landwirtschaftliche Sendung, Dr. Ing. E. Derel, Suppl. an der deutschen technischen Hochschule, Prag: Bedeutung des Radio für die Landwirtschaft.

Samstag, den 13. d.: Staatsbücherei-instruktor Dr. A. Moucha: Das gute Buch.

*

Das Programm der deutschen Radiosendung, die vom Sonntag, den 7 d., durch den großen neuen Sender auf Welle 368 täglich um 18.15 abends (Mittwoch um 18.30) versendet wird, wurde auf die einzelnen Tage folgendermaßen eingeteilt:

Sonntag: Musikalische Darbietungen, bzw. Deklamationen; Montag: Vorträge allgemeinen, sportlichen oder medizinischen Charakters; Dienstag: naturwissenschaftliche, technische Themen; **Mittwoch: Deutsche Arbeitersendung;** Donnerstag: Literatur, Kunst, Weltgeschichte, allenfalls Deklamationen und Szenen; Freitag: Deutsche landwirtschaftliche Sendungen; Samstag: Buchbesprechungen mit Märchen und Erzählungen für die Jugend abwechselnd (Bücherstunde und Jugendstunde). Selbstverständlich sind für einzelne Tage Aenderungen vorbehalten.

*

Programm für morgen, den 7. d. M.

Prag, 11: Eröffnungsfeier der neuen Station; 17: Konzert; **18.15: Deutsche Sendung auf Welle 368, F. Hölzlin u. F. Ondra: Rezitationen (Deutsche Dichter);** 19.30: Dvořak: Slawische Tänze; 20.15 und 21.30: Gesangseinlagen (Tenor Kubla). — Brünn, 10: Matinee; 19: Konzert. — London, 21.40: Chorgesang. — Paris, 21.30: Radio-Jazz. — Berlin, 20.30: Konzert. — Stuttgart, 20: Bunter Abend. — Leipzig, 20.15: Einakter-Abend. — Breslau, 20.10: Wiener Abd. — München, 19: „Lohengrin". — Frankfurt, 21.30: Hermann Löns-Abend. — Wien, 20: „Boheme". — Zürich, 20.15: Konzertprogramm.

*

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 750, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Tödliches Autounglück bei Eger. Donnerstag gegen 9 Uhr abends fuhr das dem Karlsbader Kaufmann Paul Hirsch gehörige Auto bei Unter-Schön an einen Baum an und stürzte in den Straßengraben. Der Karlsbader Kaufmann Gustav Budlowski wurde mit Wucht an den Baum geschleudert. Den schweren Kopfverletzungen erlag er am Transport. Hirsch und der Chauffeur Franz Schopf kamen mit einer leichten Gehirnerschütterung davon; Schopf erlitt auch eine kleine Verletzung am Auge.

Der ständige Wucher. Das Prager Wucherbekämpfungsamt meldet für die letzten zehn Jännertage 258 Fälle von Preistreiberei, 15 Fälle von Wohnungswucher, 35 Nahrungsmittelfälschungen, 12 Fälle von schlecht gewogenen Gebäck, 57 unangemeldete Gewerbe, 255 Nichtbezeichnungen von Waren mit Preisen, 27 ungestempelte Rechnungen und 12 andere Vergehen. In Pilsen wurden während derselben Zeit 140 Wucherdelikte gemeldet, in Brünn 50, in Mährisch-Ostrau 57 (47 Revisionen), in Troppau 36 (78 Milchproben und 150 andere Revisionen). In Preßburg sind gemeldet: 193 Fälle von Preistreiberei, 22 Wohnungswucher, 37 Nichtbezeichnung, 40 Finanzdelikte und 82 andere Uebertretungen. Ungvar meldet im ganzen 55 Wucherdelikte.

Großfeuer in Sandau. In Sandau bei Eger brach Mittwoch abends in einer Scheuer ein Brand aus, der bald zwei weitere Scheuern, einen Schupfen und zwei Ställe ergriff und die Objekte einäscherte. Die Egerer Wehren wurden um halb 8 Uhr abends um Hilfe angegangen und entsandten die Motorspritzen auf den Brandplatz. Um halb 1 Uhr nachts war jede Gefahr für andere Objekte beseitigt. Die Besitzer der abgebrannten Objekte, Schnurrer, Heil und Gastwirt Kolbenschlag erleiden einen beträchtlichen Schaden, da die Fechsung mit verbrannte. Ueber die Entstehungsursache des Brandes bestehen dermalen keine Vermutungen.

Prügelei beim Kartenspiel. Die Arbeiter Georg Feilmaier, Georg Till, Andreas Maier und Wilhelm Rödling spielten in der Bar „Maxim" in Eger „Einundzwanzig". Till verlor 100 K und versetzte dann noch seine Uhr, um weiterspielen und vielleicht das Blatt zum Wenden zu bringen. Doch das Pech verfolgte ihn auch weiterhin und bald war auch die Uhr verspielt. Der Verlust der Uhr schmerzte nun Till und er verlangte seine Uhr zurück. Statt der Uhr erhielt er aber von seinen Spielgenossen eine gehörige Tracht Prügel und als seine anwesende Geliebte zu seinen Gunsten eingreifen wollte, bekam auch sie ihre Tracht Prügel ab. Die Spielkameraden warfen schließlich das Paar vom Gastlokale auf die Straße derart kräftig hinaus, daß das Mädchen besinnungslos liegen blieb. Die Polizei verhaftete die ganze Spielergesellschaft und brachte das Mädchen in seine Wohnung.

Mexiko unter einem sozialistischen Oberhaupt. Durch die Errichtung der neuen Staatsbank hat das mexikanische Wirtschaftsleben in den letzten Monaten merklich an Stabilität gewonnen. Die Handelsbilanz hat sich trotz der Zunahme der Einfuhr wesentlich gebessert, und die Unternehmungslust des einheimischen Handels ist stark angewachsen. Der Ausbau der Eisenbahn hat eine dauernde starke Nachfrage nach Eisenbahnmaterial hervorgerufen, und die Entwicklung der Industrie macht große Anschaffungen von Maschinen, Werkzeugen und so weiter notwendig. Auch nach Elektroartikeln ist die Nachfrage in ständigem Wachsen. Die gesteigerte Kaufkraft der großen Masse der Verbraucher hat außerdem die Absatzmöglichkeiten für Textilwaren, sowohl Stoffe als auch fertige Konfektion, erheblich gebessert. Es zeigt sich übrigens immer deutlicher ein Rückgang des amerikanischen Einflusses auf den mexikanischen Markt, und zwar zugunsten Englands und Deutschlands. 1921 betrug der Einfuhranteil der Vereinigten Staaten 92 Prozent und ist bis zum vorigen Jahre auf 75 Prozent gesunken. Der deutsche Anteil dagegen hat sich, wie die „Meßamtliche Wirtschafts- und Exportzeitung" (Leipzig) schreibt, durch die intensive Bearbeitung des Marktes wesentlich vergrößert.

Ein Lotterieprophet. Die römischen Blätter berichten über den Erfolg eines Zahlendeuters bei Foggia, der seit einigen Wochen der Bevölkerung die Nummer der Lotterie voraussagt und bei der letzten Ziehung einen Terno, auf den ein Gewinn im Gesamtbetrage von 2 Millionen Lire entfiel, erriet. Er wurde von der Bevölkerung im Triumph durch die Straßen geführt und empfing von den Gewinnern Spenden von 20.000 Lire. Das nächste Mal, sagte er, wolle er einen Quaterno voraussagen, wofür ihm bereits ein „Palazzo" versprochen wurde. Er behauptet, seine Voraussicht auf Aufzeichnungen zu gründen, die er in den hinterlassenen Papieren seines Vaters gefunden habe, der ihm ausdrücklich verbot, selbst auf die Nummern zu setzen. Er brauche nur 20 Tage Ruhe für seine angegriffenen Nerven, bevor er wieder prophezeien könne. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet, da die Lotterieleitung von seiner Tätigkeit eine Schädigung befürchtet.

Das Wiener Schwurgericht hat die 23jährige Josefine Heider wegen Raubmordes zu 18 Jahren verurteilt.

Eine Großmutter, die ihren Enkel verführt. Ueber einen wohl noch nicht dagewesenen Fall geschlechtlicher Verirrung hatte soeben das Wiener Strafgericht abzuurteilen. Angeklagt war eine 60jährige Frau, die mit ihrem 17jährigen Enkel ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Seit geraumer Zeit war den Nachbarsleuten aufgefallen, daß die 60jährige Witwe zu ihrem Enkel in einem merkwürdigen Verhältnis zu stehen scheine. Obwohl die Frau arm war und von einer Rente leben mußte, trachtete sie doch nicht, daß ihr Enkel, ein gesunder, kräftiger Bursche, etwas verdiente. Er wurde von der Großmutter verzärtelt, ging nicht in die Lehre, faulenzte den ganzen Tag und hatte doch immer Geld, um Kaffeehäuser und Nachtlokale zu besuchen. Wenn die Leute den Burschen fragten, woher er das Geld habe und warum er nicht arbeite, warf er zynisch hin: „Was brauch' ich arbeiten — meine Alte gibt eh das Taschengeld her." Vor einiger Zeit geriet der Junge in einem Nachtlokal in eine größere Gesellschaft vor jungen Burschen und Mädchen, trank viel und fing endlich in der Trunkenheit an, mit seinem Verhältnis zu seiner Großmutter zu renommieren. Er brüstete sich, ein flottes Leben führen zu können, ohne zu arbeiten, weil ihn die Großmutter aus Dankbarkeit für seine Zärtlichkeiten aushalte. Und im Rausche erzählte er dann weitere Einzelheiten über sein Zusammenleben mit der alten Frau. Einer der Anwesenden erstattete nun die Strafanzeige gegen die Großmutter und ihren Enkel und beide wurden verhaftet. Gegen den Enkel wird demnächst vor dem Jugendgericht verhandelt werden. Die Frau, die jetzt vor Gericht stand, legte nur ein halbes Geständnis ab. Sie gab zu, mit ihrem Enkel über die großmütterliche Liebe hinaus zärtlich gewesen zu sein, leugnete aber, daß „es zum Aeußersten gekommen" wäre. Dagegen war ihr Enkel geständig und gab reumütig das Liebesverhältnis mit der Großmutter zu. Das Gericht verurteilte die Großmutter wegen Verbrechens der Blutschande zu 6 Monaten schweren Kerkers. Die Frau beteuerte auch nach ihrer Verurteilung ihre Unschuld.

Die russische Akademie plant in mehreren ausländischen Staaten die Errichtung von russischen wirtschaftlichen Instituten zwecks Zusammenarbeit mit den entsprechenden Instituten der betreffenden Länder. Ebenso sollen ausländische Staaten zur Errichtung ähnlicher Institute in Sowjetrußland aufgefordert werden. Der Sekretär der Russischen Akademie der Wissenschaften Professor Oldenburg unternimmt zur Zeit im Auftrag der Akademie eine Auslandreise, die ihm nach Deutschland, England, Frankreich und Italien führen und der Propaganda für einen regen Austausch geistiger Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Westeuropa dienen soll.

Ein Grubenunglück wird aus Pittsburg in den Vereinigten Staaten gemeldet. Etwa 25 Bergleute wurden das Opfer einer Schlagwetterexplosion.

Zwei Kinder haben bei einer Feuersbrunst in Ditschweiler bei Kaiserslautern ein schreckliches Ende gefunden. Während die Eltern bei einer Tanzunterhaltung waren, brach im Hause Feuer aus, und das Anwesen brannte mit den beiden Kindern und sämtlichen Einrichtungsgegenständen nieder. Nur das Vieh konnte gerettet werden.

Auf der Bühne wahnsinnig geworden ist ein Musiklown im Hippodrom-Theater in Eshford in England. Kurz nachdem er aufgetreten war, fuchtelte er wild mit den Armen umher und schrie mit lauter Stimme: „Ich bin der allmächtige Gott!" Er wurde in eine Heilanstalt gebracht.

Eine Filmpremiere in der Luft spielte sich am Donnerstag nachmittags 1,20 Uhr über Berlin ab. In Tempelhof stiegen mehrere Berliner Journalisten mit einem der großen Junkers-Verkehrsflugzeuge auf, um die erste Filmvorführung in der Luft zu erleben. Man zeigte im Flugzeug den Film von der „Verlorenen Welt", der nach einem Roman von Conan Doyle geschrieben ist.

Die Königin von Rumänien hat einen Kontrakt mit einer amerikanischen Filmgesellschaft unterzeichnet, durch den sie sich verpflichtet, für diese Firma Filmmanuskripte zu schreiben.

Die Mode des Bubikopfes in Europa hat, wie aus Peking gemeldet wird, zu einer Arbeitslosigkeit von 18.000 Chinesinnen geführt, die zur Herstellung von Haarnetzen beschäftigt waren.

Sonnenflecken und Radiowellen. Im Observatorium der französischen Stadt Meudon wurde in den letzten Tagen des Januar beim Erscheinen eines großen Sonnenfleckens, dem ein magnetisches Gewitter folgte, eine bedeutende Verstärkung der ankommenden Radiowellen festgestellt, die beispielsweise bei dem römischen Sender das Fünffache der normalen Stärke betrug. Die kosmische Ursache dieser Erscheinung bedarf noch der wissenschaftlichen Untersuchung.

Briefe von Columbus. Aus dem Besitze des Herzogs von Veragua, eines Nachkommens des Entdeckers Amerikas, hat die spanische Regierung den gesamten schriftlichen Nachlaß seines großen Vorfahren angekauft, darunter 87 sehr wertvolle und interessante Briefe, und in Sevilla zu einem besonderen Columbus-Archiv vereinigt. Das älteste Dokument ist ein Empfehlungsschreiben des Königs von Portugal. Aus den gesamten Schriftstücken läßt sich die ruhmvolle Laufbahn des Columbus und die allmählich aufkeimende Mißgunst seiner Zeitgenossen verfolgen. Auch das Testament, das der Entdecker kurz vor seinem Tode in Valladolid schrieb, ist in der Sammlung enthalten.

Ein Massenschwimmbad mit künstlichem Strand und künstlichem Sonnenlicht sowie mit Sport- und Erholungshallen wird demnächst als „Humboldtbad" im Berliner Norden zur Verwirklichung gelangen. Zwischen der Stadt Berlin und den Inhabern der Eisfabrik Mudrack ist Ende Oktober v. J. ein Vertrag zwecks Gründung einer „Humboldtbadgesellschaft" geschlossen worden, der nun durch die Bezirksversammlung Reinickendorf die Zustimmung erhielt. Mit dem Bau soll sofort begonnen werden. Die neue Halle wird alle bisher bestehenden geschlossenen Badeanstalten an Umfang, Wasserreinheit und Weiträumigkeit in den Schatten stellen. Das Schwimmbad wird mit 100 Meter Länge und 40 Meter Breite größer sein als alle bisher in Groß-Berlin bestehenden 14 Schwimmbecken zusammen. Das sonst so kostspielige Warmwasser liefert die schon bestehende große Eisfabrik. Der an das Bassin anschließende Strand wird 15 Meter breit sein, mit feinem Sand bedeckt und durch besondere Heizungsanlagen erwärmt werden.

Züchtung von eßbaren Fröschen. In einigen japanischen Provinzen gewähren die Provinzialbehörden besondere Unterstützungen an Privatpersonen für die Zucht von eßbaren Fröschen. Besonders eifrig wird die Zucht in der Provinz Schimane betrieben. Die Mode, Frösche zu essen, ist erst vor einigen Jahren aus Paris nach Japan gekommen, hat aber schnell eine weite Verbreitung gefunden. In Tokio gibt es bereits mehrere Spezialrestaurants für Gerichte, die aus Fröschen hergestellt werden.

Das Erlebnis des Sozialismus.

Eine Rede Otto Bauers im Wiener Arbeiter-Abstinentenbund.

Genosse Dr. Otto Bauer hat vor kurzem im Wiener Arbeiter-Abstinenten-Bund eine groß angelegte Rede gehalten, die das Problem der Abstinenz-Propaganda in einem ganz neuen Licht zeigt. Bauer wendet sich gegen die Verspießerung des Proletariats, eine Gefahr, vor der schon Engels in seinen Briefen an Eduard Bernstein warnte. Bauer grenzt auch in scharfsichtiger und klarer Weise die Sonderaufgaben der verschiedenen Kultur- und Teilorganisationen der Arbeiterbewegung ab. Der Rede, die wir in ihrem Hauptteil wiedergeben, kommt programmatische Bedeutung zu.

„In derselben Stunde, in der wir hier tagen, wird unsere Arbeiterhochschule eröffnet. Es ist dies ein zeitliches Zusammentreffen, das vielleicht auch symbolisch ist. Denn im Grunde genommen gehen die Gründung der Arbeiterhochschule und unsere Festversammlung aus demselben Bestreben, aus demselben Ringen des Proletariats hervor, sich zu befreien vom Dunkel der Vorurteile der Vergangenheit, von dem Dunkel der Unwissenheit und Kulturlosigkeit, in dem der Kapitalismus die beherrschte Klasse erhalten hat, um sich emporzuringen zu einem höheren und kulturreicheren Leben. . . .

In den letzten zwanzig Jahren hat der Kampf gegen den Alkoholismus nichts an Bedeutung verloren, aber vielleicht im gewissen Sinne seine Funktion geändert. . . . Diese Funktion ist nicht nur dem Arbeiter-Abstinentenbund geblieben, sie ist, wie mir scheint, vielleicht im gewissen Sinne heute notwendiger und wichtiger, als sie zur Entstehungszeit des Bundes gewesen ist. Der Alkoholismus in der Arbeiterschaft ist nicht immer derselbe gewesen, er hat sich sehr wesentlich verändert. . . . Er war eine Teilerscheinung jenes noch barbarischen, unmenschlichen, kulturlosen Daseins, zu dem der Kapitalismus seine Lohnsklaven zwang. Und gegen diese Form von damals, gegen diese frühzeitige Form des Alkoholismus, dagegen war natürlich jede Predigt, jede Aufklärungsarbeit völlig wirkungslos, weil sie mit dem ganzen Zustand der Barbarei untrennbar verknüpft war. . . .

Solange die Sozialdemokratie, die klassenbewußte Arbeiterschaft, doch nur ein kleines Häuflein in den heutigen Verhältnissen gemessen gewesen ist, solange sie einen verzweifelten Kampf zu führen hatte gegen die herrschenden Gewalten, solange jeder, der Sozialdemokrat geworden ist, gewußt hat, Sozialdemokrat sein, das heißt gehetzt werden von der Polizei, von einem Gefängnis in das andere, und gehetzt werden von den Unternehmern von einer Fabrik in die andere, solange mit einem Wort das klassenbewußte Proletariat in einem täglichen revolutionären und revolutionierenden Ringen gegen die herrschenden Gewalten gestanden ist, so lange war die Gefahr einer Verspießerung des Proletariats sehr gering. Damals war es nicht so leicht und bequem, Sozialdemokrat zu werden. Sozialdemokrat zu werden war ein Erlebnis und ein Erlebnis, das den Betreffenden losriß von seiner ganzen Umgebung; das war der Krieg gegen die Frau, gegen den Bruder, gegen den Arbeitskollegen, die noch von Vorurteilen gegen die Sozialdemokratie erfüllt waren, und der diesen Kampf durchgekämpft hat, der war voll des Gedankens: Sozialdemokrat sein, das heißt, nicht nur einen Stimmzettel abgeben und den Mitgliedsbeitrag zahlen, sondern es heißt, ein anderer Mensch sein auch in seinem Privatleben, in seinem Verhältnis zu seiner Frau und seinen Kindern, im Verhältnis zu seinen Mitmenschen. Solange es so war, war die Gefahr der Verspießerung nicht so groß, und man konnte damals auch ein Glas Bier trinken, ohne ein Spießer zu werden. Heute ist das viel schwerer; das ist nicht unsere Schande, sondern die Frucht unserer Kämpfe. Wir sind heute viel zu groß und viel zu mächtig schon, als daß man uns noch so behandeln könnte wie noch vor zwanzig Jahren. Sozialdemokrat sein, das bedeutet heute gar kein Opfer mehr. Das bedeutet nicht mehr irgend einen Riß mit der bürgerlichen Welt, und es besteht die ernste Gefahr, daß zu uns Massen kommen, die zwar bereit sind, sozialdemokratisch zu wählen, bereit sind, einen Organisationsbeitrag zu zahlen, aber die in Wirklichkeit nicht gebrochen haben mit der bürgerlichen Welt. Bei diesen Massen vor allem ist die Gefahr, daß sie nicht wirklich Sozialisten werden, sondern Spießbürger bleiben oder werden, unvergleichlich größer, als bei früheren Generationen unserer Partei, und wir alle wissen, welchen Anteil an diese Gefahren der Alkohol hat. Das Glas Schnaps bei den Ziegelarbeitern der Achtzigerjahre, das war ein Stück der Unkultur, in der der Kapitalismus sie erhielt. Das Glas Bier oder das Viertel Wein beim Arbeiter, der nur so vom Sozialismus erfaßt wurde, das ist das Mittel, ihn im kleinbürgerlichen Denken zu erhalten, auch wenn er schon Sozialdemokrat zu sein glaubt, das ist das große Werkzeug der Spießergesinnung, das das Parteimitglied so schwer zum wirklichen Sozialdemokraten werden läßt. Das ist das Instrument jener Selbstgenügsamkeit, die da sagt: Nun ja, Sozialismus, das heißt, wir sind gegen den Abbau des Mieterschutzes und für die Erhöhung der Löhne. Aber der Aufgabe, das sozialistische Ideal in seiner Größe zu erfassen, zu begreifen, daß der Sozialismus nicht nur den Sturz der feindlichen Gewalten, sondern das Anderswerden des Proletariats selbst voraussetzt, dem steht kein schlimmeres Hindernis entgegen, als das scheinbar so harmlose Glas Bier. . . .

Wir haben . . . . erkannt, daß in wirklich großen Zeiten der Entscheidung, in einer Periode, in der der Kampf der Arbeiterklasse um die Macht nicht mehr irgendeine Verheißung für eine ferne, spätere Zeit, sondern eine strategische Aufgabe unserer Zeit ist, daß in solchen Zeiten der ganze Erfolg, der Erfolg jedes Vorstoßes und jeder Verteidigung davon abhängt, daß die Masse imstande ist, nicht nur leidenschaftlich zu hassen, nicht nur sich zu empören und aufzulehnen, sondern auch jene Nüchternheit, jene Besonnenheit, jene Entsagung, vor allem aber jene Aufopferung aller individuellen und beruflichen Gruppensonderinteressen für das Ganze des Proletariats aufzubringen, ohne die diese strategische Aufgabe der Machteroberung nie zu bewältigen sein wird. Wenn wir der Gefahr der Verspießerung gegenüber, die ein Ergebnis unseres Wachstums ist, mehr Idealismus brauchen, so brauchen wir doch angesichts der strategischen Aufgabe der Machteroberung nicht nur den Enthusiasmus der Leidenschaft, der aus dem Klassenhaß und Klassenmachtwillen stammt, wir brauchen vor allem die so schwierige Paarung von Idealismus und Nüchternheit, von Enthusiasmus und Besonnenheit. . . .

Freilich, die Aufgabe, die wir innerhalb der Massen zu erfüllen haben, enthält ein Problem, das viele von uns noch nicht durchdacht haben. Die Partei und die Gewerkschaften müssen die Massen gewinnen. Sie dürfen nicht fragen, auf welchem kulturellen, intellektuellen und moralischen Niveau die Masse steht. Jeder, der ein klassenbewußter Arbeiter ist, muß uns willkommen sein als gleichberechtigter Genosse. Da dürfen wir nicht Bedingungen stellen; so wenig die Bedingung, wie er es mit dem Alkohol hält, als die, wie er es mit dem Herrgott hält. Aber innerhalb der Massenorganisation muß es Organisationen geben mit speziellen Aufgaben; Organisationen, die diese Massen nun auch zu erziehen haben zu höheren und zu wirklichem sozialistischen Leben und Denken. Das ist die Rolle solcher Sonderorganisationen innerhalb der Partei.

Die österreichische Sozialdemokratie ist in den letzten Jahren ein bißchen patriotisch geworden. Wir rühmten uns gern, daß wir in Oesterreich etwas mehr erreicht haben. Ich habe dieses Rühmen selbst nicht gern. Was uns unterscheidet von den andern Genossen und was unsere Erfolge erklärt, das ist das Glück einer Erziehung, die man erst zu schätzen beginnt, wenn man sieht, wie es dort steht, wo diese Erziehung fehlt. Und der Erzieher, dem wir verdanken, daß uns manches besser gelungen ist, das ist Viktor Adler. . . . Und wenn er uns erzogen hat zu dem Gedanken, daß der Kampf gegen den Alkoholismus ein notwendiger und wesentlicher Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse ist, so war das für ihn vielleicht doch auch selber ein Teil seiner Erziehung zum nüchternen Idealismus, zum Idealismus der Nüchternheit, den er dem österreichischen Proletariat gegeben hat; zu dem Idealismus, der uns nicht versinken läßt im Spießertum; zu jenem Idealismus, der das Ziel aber nicht durch Ueberrumpelung oder wilde Explosionen des Hasses und der Leidenschaft zu erreichen glaubt, sondern der uns lehrt, daß nur auf dem Wege der nüchternen Erkenntnis der Tatsachen dieses Ziel zu erreichen ist. Aus der Mitte der Vielen, die den Arbeiter-Abstinentenbund aufgebaut, hebt sich heraus der große Mensch, dessen Schüler wir sind, der Mann, der immer gewußt hat, daß Führer des Proletariats sein nicht heißt, um Beifall und Popularität zu werben, daß Führer sein heißt, sich auch zu wenden gegen die Laster und Untugenden und die Vorurteile des Proletariats, und ihm helfen, sie zu überwinden, damit es fähig werde, seine große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen.

Es muß weiter unsere Aufgabe sein, dieses Vermächtnis zu hüten, zu hüten als ein kostbares Gut der Arbeiterklasse, es dienstbar zu machen den großen Massen draußen in den Fabriken, in den Werkstätten, draußen auf den Gütern und in den Forsten, auf den Bauten und in den Bergwerken, bei den Massen, die heute nicht einmal dort sind, sondern die auf den Arbeitsnachweisen, den Arbeitsvermittlungen, arbeitslos herumlungern, vom Kapitalismus zu unfruchtbarem Müßiggang verurteilt sind: Ihnen allen wollen wir helfen zu einer Kultur, frei von Giften, die das Gehirn berauschen, aber voll des Enthusiasmus und des Idealismus der nüchternen Erkenntnis der Wirklichkeit. Das wollen wir den Arbeitermassen bringen, und in diesem Sinne hoffe ich, soll von dieser Versammlung der Wille ausgehen, auch in dieser Sache vorwärts zu schreiten im Geiste Viktor Adlers.

Wetterbericht vom 5. Feber. Eine milde Luftströmung aus südlichen Richtung hat Donnerstag die letzte kalte Luft auch in den Tälern Mittelmährens und der Slowakei beseitigt, wodurch die Nachmittagstemperaturen auf 6 bis 9 Grad stiegen. Brünn hatte Donnerstag ein Maximum von 9 gegenüber 4 Grad am Mittwoch, Kaschau 6 gegen 2, Luenec 7 gegen 3. Die Bewölkung war Donnerstag im ganzen Staatsgebiet erheblich und schied in Böhmen und in der Ostslowakei strichweise Regen aus. In Böhmen war die Niederschlagsmenge jedoch meist unmeßbar gering; in der Ostslowakei fiel 4 Mm. Regen. In den mittleren Staatsteilen blieb es trocken. — Wahrscheinliches Wetter von Samstag: Wechselnd bis vorwiegend bewölkt. Neigung zu Niederschlägen, zunächst noch mild.

Eine Szene aus der „Staatsangestellten-Komödie".

Ort: Bureau einer Staatsbehörde. Personen: Spokojeny, Oberoffizial, Nerozumny, Rechnungsrat, der Chef.

(Spokojeny und Nerozumny arbeiten bei ihren Schreibtischen: Spokojeny erhebt sich und geht zum Tische Nerozumnys.)

Sp.: Also jetzt werden wir eine Menge Geld bekommen. Haben Sie gelesen von der Neuregelung unserer Gehalte? Es ist wirklich rührend, wie sich alle für uns eingesetzt haben.

Ne.: Ganz recht! Höchste Zeit, daß man uns endlich ein menschenwürdiges Leben bietet! Aber ich verspreche mir gar nichts von allen diesen Versprechungen. Es werden wie früher immer doch nur wieder Versprechungen bleiben.

Sp.: Sie sind ein ewig Unzufriedener und Unvernünftiger! Statt dem Staate dankbar dafür zu sein, daß er so für uns sorgt, haben Sie immer nur abfällige Kritiken bei der Hand!

Ne.: Und nicht mit Recht? Was wurde uns bisher Gutes erwiesen? Wurde uns in den letzten Jahren nicht grundsätzlich nur genommen statt gegeben? Haben Sie alle Maßnahmen der Regierung zu unserem Schaden so schnell vergessen? Denken Sie nur an das wohlwollende Dezembergesetz vom Jahre 1923, das unsere Zulagen so ausgiebig reduzierte und uns die Selbstbezahlung der Einkommensteuer aufbürdete, so daß jeder Beamte eine durchschnittliche jährliche Gehaltseinbuße von 3000 bis 6000 Kronen erlitt.

Sp.: Allerdings! Aber das waren doch nur materielle Verluste im Interesse des Staates. Dafür wurde uns doch reichlicher Ersatz dadurch zuteil, daß die Regierung ihren maßgebenden Einfluß auf eine Ermäßigung der Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel geltend machte und auch sonst trachtete und trachtet, ihren Beamten das Leben so angenehm wie nur möglich zu gestalten.

Ne.: Wirklich? Aha! Darum hat also die Teuerung seither noch zu- statt abgenommen, während unser verkürzter Gehalt der gleiche geblieben ist. Das einzige, was man uns unter Anerkennung der wirklich anhaltenden Teuerung zubilligte, ist die Bettelzulage für das Jahr 1925. Sie wissen selbst genau, daß die Vierteljahrsraten derselben, die 20 Prozent vom Quartiergeld betragen, einen so lächerlich geringen Betrag pro Monat ausmachten, daß niemand etwas damit anfangen konnte.

Sp.: Aber sonst, sonst geht es uns doch ausgezeichnet!

Ne.: Ausgezeichnet? Das ist ausgezeichnet! Vergessen Sie, daß man uns durch die Abschaffung der Feiertage rund 20 Plus-Arbeitstage gegen früher aufgepelzt hat, ohne besondere Honorierung dafür? Haben Sie so rasch vergessen, daß man uns statt der früheren sechsstündigen die siebenstündige Arbeitszeit geschenkt hat, durch die der Staat bei jedem Beamten unter Zugrundelegung von bloß 300 Arbeitstagen jährlich 300 Stunden gleich 50 alten Arbeitstagen zu sechs Stunden oder nahezu zwei Arbeitsmonate mehr gegen früher gewinnt, ohne dafür einen Heller mehr zu bezahlen?

Sp.: Aber, lieber Kollege, das war doch nur eine zwingende Folge des Beamtenabbaues, der doch wieder nur in unserem Interesse eingeleitet wurde, um die künftig geringere Zahl der Beamten besser zahlen zu können.

Ne.: Was, Sie bilden sich wirklich ein, daß wir aus dem Titel des Beamtenabbaues und durch die damit zusammenhängende Neuregelung unserer Gehälter mehr bekommen? Lesen Sie denn keine Zeitungen? Geht nicht aus allen bisher in die Oeffentlichkeit gelangten Mitteilungen untrüglich hervor, daß nur ein paar bevorzugte höhere Beamte Nutzen aus der Neuregelung ziehen werden, die Masse der Beamten aber wieder mit leeren Händen ausgehen wird?

Sp.: Aber, lieber Freund, Sie sehen da entschieden zu schwarz! Bedenken Sie doch, daß der Aufwand für die Neuregelung unserer Gehalte 700 Millionen Kronen betragen soll! Da muß doch für alle Beamte eine ansehnliche Besserstellung möglich sein!

Ne.: Möchte man meinen. Ist aber leider nicht so! Und der Betrag von 700 Millionen ist nicht einmal richtig. Das ist nur die neue Bedeckungssumme, von der auf einmal die Rede ist und für die neue Steuern aller Art eingeführt werden sollen. Die Bedeckung für die Beamtenvorlagen wurde nämlich bereits im Vorjahre gefunden und sogar schon praktisch durchgeführt.

Sp.: Wieso? Sie schmähen unseren Staat! Sie sind kein guter Diener!

Ne.: „Wieso?" Sie haben ein kurzes Gedächtnis. Erstens hat man unter dem Titel der Beamtenbesserstellung, das heißt als ihre Voraussetzung, den Beamtenabbau durchgeführt, der, wie es hieß, Millionen einbringen sollte. Die gesetzmäßige Abbauziffer von zehn Prozent wurde sogar vielfach erheblich überschritten. Dann hat man mit Gültigkeit vom 1. Feber 1925 die Eisenbahn-Personentarife um zwölf Prozent erhöht. Dann wurden die Stempelgebühren ganz bedeutend hinaufgesetzt und eine neue Abgabe für besondere Amtsleistungen (neben den Stempelgebühren) eingeführt. Diese Maßnahmen und Erhöhungen sollten dazu bestimmt sein, die Beamtenvorlage zu finanzieren. Können Sie mir sagen, welche Verwendung die Millionen-Einnahmen aus dem Titel dieser Erhöhungen und Maßnahmen finden? Daß man heuer mit dem Vorschlage neuer Steuern zur Bedeckung der Beamtenvorlage kommt, die schon durch die genannten vorjährigen Finanzverfügungen gedeckt sein soll? Rechnet man die vorjährigen Erhöhungen unter dem Titel der Beamtenvorlage mit den heuer weiter beantragten und geforderten zusammen, so ergibt sich für die Durchführung der Beamtenvorlagen ein Betrag von weit über einer Milliarde! Können Sie mir vielleicht verraten, zu wessen Gehaltsaufbesserung diese Riesensumme verwendet werden soll, da der neue Beamtengesetz-Entwurf für die Mehrheit von uns eine Gehaltsverschlechterung bedeutet? Wollen Sie noch immer behaupten . . .

Sp. (ihm in die Rede fallend): Schweigen Sie! Ich will nichts weiter hören! Sie sprechen beinahe hochverräterisch! Sie werden nicht ruhen mit ihren unzufriedenen Reden, bis Sie abgebaut werden! Wir sind Staatsbeamte und haben unsere Pflicht zu erfüllen und dem Staate zu helfen, nicht aber ihm durch unmögliche und ungerechte Forderungen Schwierigkeiten zu bereiten! Wir müssen uns eben noch mehr einschränken, wenn es das Wohl des Staates erfordert!

Ne. (spöttisch): „Das Wohl des Staates?" Daß ich nicht . . .

(In diesem Augenblick tritt mit einem Schreiben in der Hand der Chef ein.)

Chef zu Sp.: Eben habe ich die Verständigung bekommen, daß Sie abgebaut sind. Vom Ersten des nächsten Monats werden Sie in den Ruhestand versetzt. Hier ist das Dekret.

(Geht wieder ab.)

(Spokojeny stürmt ohne ein Wort der Erwiderung zur Tür hinaus.)

Volkswirtschaft.

Die Verbindlichkeit von Kollektivverträgen.

Bereits seit drei Jahren liegt im Ministerium für soziale Fürsorge ein Gesetzentwurf ausgearbeitet vor, der sich mit der Verbindlichkeitserklärung von Kollektivverträgen befaßt. Der Entwurf bestimmt, daß die Kollektivverträge in ein besonderes Verzeichnis eingetragen werden müssen und daß sie für die Zeit, für welche sie in dieses Verzeichnis eingetragen und für welche Zeit sie vereinbart sind, für alle Unternehmer in der Richtung bindend sind, daß diese mit ihren Angestellten keinerlei individuelle Verträge vereinbaren dürfen, welche ungünstigere Bedingungen beinhalten, als wie sie im Kollektivvertrage festgesetzt sind. Der individuelle Vertrag darf nach dieser Vorlage nur dann abgeschlossen werden, wenn er gegenüber dem Kollektivvertrag günstigere Bedingungen aufweist. Der Kollektivvertrag stellt also nach dem erwähnten Gesetzentwurf ein Minimum dar. Weiter wird bestimmt, daß jeder Kollektivvertrag ein Schiedsorgan beinhalten muß, welches Streitfragen, grundsätzlicher Natur, die aus einer unrichtigen Interpretation des Vertrages hervorgehen, zur Entscheidung bringen muß.

Die Unternehmer haben sich seinerzeit gegen die Vorlage ausgesprochen, weil sie in einer Zeit, da in der Tschechoslowakei der Lohnabbau begann, keine Neigung zum Abschlusse langfristiger Kollektivverträge hatten. Damals war auch die Situation eine andere, weil die Gerichte die Verbindlichkeit von Kollektivverträgen anerkannten. Durch die neueste Entscheidung des Obersten Gerichtes aber sind die Kollektivverträge nicht mehr verbindlich und die Frage der Vorlage des Gesetzentwurfes ist damit — wie das „Pravo Lidu" schreibt — aktuell geworden. In allernächster Zeit wird das Ministerium für soziale Fürsorge die Vorlage an die Regierung leiten.

Steigende Umsätze der Konsumgenossenschaften in Deutschland.

Die Steigerung der Umsätze bei den einzelnen Verbrauchergenossenschaften in Deutschland spiegelt sich auch in der Umsatzgestaltung bei den zentralen Genossenschaftsbetrieben wider. Die Umsätze der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg im Jahre 1925 gestaltete sich wie folgt: Im Jahre 1925 228,169.470 Mk., im Jahre 1924 168,466.278 Mk., mithin eine Zunahme von 59,703.192 Mk. oder 35.44 Prozent. An Erzeugnissen aus den eigenen Betrieben wurden in Werten umgesetzt: Im Jahre 1925 35,339.389 Mk., im Jahre 1924 26,298.324 Mark, mithin mehr 9,041.064 Mk. oder 34.38 Prozent. Die Umsatzsteigerung ist angesichts der schweren Wirtschaftskrise in Deutschland besonders erfreulich.

Internationale Kontrolle des Kohlenhandels.

Der Sekretär der Internationalen Bergarbeiterföderation, Frank Hodges, ist der Vorkämpfer eines Planes, der dahin geht, an Stelle der gegenwärtigen Anarchie des Kohlenhandels eine internationale Vereinbarung der kohlenproduzierenden Länder treten zu lassen. Hodges hat seinen Plan auch vor der englischen Kohlenkommission, die ihre Arbeiten vor kurzem abgeschlossen hat, vertreten. Die gegenwärtigen Zustände sind unhaltbar. Die zwei Kohlenausfuhrländer England und Deutschland, bekämpfen einander auf dem Weltmarkt; England konnte mit Hilfe von Subventionen vorübergehende Vorteile erringen, während der deutsche Kohlenbergbau durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit die Kohlenpreise zu senken sucht und dabei verlustbringend arbeitet und Scharen von Bergarbeitern entlassen muß. Den einzigen Ausweg erblickt Hodges in einer internationalen Vereinbarung der Kohlenländer, welche die Aufteilung der Absatzgebiete und die Festsetzung der Kohlenpreise zum Ziel haben. Die drei Einwände, die gegen den Plan von Hodges erhoben werden können: daß 1. Deutschlands Lage im Falle einer solchen Vereinbarung sich auf dem Weltmarkt zum Schaden Englands günstiger gestalten werde, 2. die Ausführung des Planes zur Erhöhung der Exportpreise beitragen könnte, 3. das Abkommen die internationale Vertrustung der Kohlenindustrie fördern würde, beantwortet Hodges folgendermaßen: Deutschland würde, wenn die englische Subvention aufrechterhalten wird, und wenn keine internationale Vereinbarung zustande kommt, durch noch niedrigere Löhne und längere Arbeitszeit gegen die englische Konkurrenz ankämpfen. Die durch die Vereinbarung herbeigeführte Preiserhöhung würde letzten Endes nur die nicht kohlenproduzierenden Länder benachteiligen, die aber bei übermäßig hohen Kohlenpreisen zum Ausbau anderer Kraftquellen greifen könnten. Was aber die Vertrustungsgefahr anbelangt, so hält Hodges diese weniger für eine wirtschaftliche, als für eine politische, und meint, daß Trusts von einer intelligenten öffentlichen Meinung und starken Regierung im Zaum gehalten werden könnten! Für jeden Fall fürchtet er Trusts weniger als Anarchie und Chaos. — Die englische Arbeiterpartei hat bekanntlich der Kohlenkommission einen Vorschlag unterbreitet, der die Nationalisierung des englischen Kohlenbergbaues und dessen gänzliche Umgestaltung vorsieht. Indessen würde die Ausführung dieses Planes selbst bei seiner Annahme sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Wenn also das gegenwärtige verderbliche Subventionssystem nicht über Mai, so lange es noch unbedingt in Geltung bleiben muß, verlängert werden soll, so bleibt in der Tat für die kohlenschaffenden Länder kein anderer Weg als der der internationalen Vereinbarung übrig.

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht v. 5. Feber.) Bei einem schwachen Besuche stockte das Geschäft an der heutigen Produktenbörse. Die meisten Gebiete blieben ganz ruhig. Am Getreidemarkt tendierte Roggen infolge einer größeren Nachfrage fester. Sonst bleiben Getreide- und Mehlpreise nominell in Geltung. Jugosl. Mais zog 3 Kč an, während Mais einer anderen Provenienz etwas billiger wurde. Fester tendierte auch Stroh. Gleichfalls ungar. Fett wurde unter günstigeren Bedingungen getätigt, während amerikanisches Fett seinen Preis nicht behaupten konnte. Auf den übrigen Gebieten verzeichnen die Preise keine Aenderungen. — Es wurde notiert: Böhm. Weizen 195—200, ab Prag, böhm. Roggen 127—130, Prag, böhm. Merkantilgerste 145—150, Prag, böhm. Auswahlgerste 160 ab Prag, böhm. Hafer, feuchter mit Geruch 132—136, Prag, böhm. Weißhafer prima 144—145, Prag, jugosl. Mais 93, Preßburg, rumän. Mais 112, Oderberg, Mais Cinquantino 115 ab Oderberg, amer. Fett 14.30—14.50, Tetschen, magyar. Fett 14 bis 14.20 ab Szob, böhm. Heu, loses 69—70 ab Prag, Heu gepreßt 78—80 ab Prag, Futterstroh, gepreßt, 40 ab Prag, Streustroh gepreßt 44, Prag, Langstroh 40—42 ab Prag.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 5. Feber.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden . .	1356.50.—	1362.50.—
100 Reichsmark	805.50 —	809.50.—
100 belgische Franks	153.42.50	154.82.50
100 Schweizer Franks . . .	650.50.—	653.50 —
1 Pfund Sterling	164.12.50	165.42.50
100 Lire	136.30.—	137.70.—
1 Dollar	33.70.—	34.—.—
100 französische Franks . . .	127.05.—	128.45.—
100 Dinar	59.75.—	60.25.—
10.000 magyarische Kronen .	4.72.37	4.82.37
100 polnische Zloty	461.—.—	467.—.—
100 Schilling	477 —.—	483.—.—

Der „Rosenkavalier"-Film.

Zur Erstaufführung am Prager Neuen deutschen Theater.

Richard Strauß, der bedeutendste zeitgenössische Komponist, hat sein berühmtestes Werk, den „Rosenkavalier", zusammen mit dem Textdichter Hugo v. Hoffmannsthal und einigen Helfern, zu einer, wenn man so sagen darf, Filmoper umgearbeitet und läßt diese nun an allen großen Opernbühnen der Welt aufführen. Das ist zweifellos Musik-, Theater- und Film-Ereignis in Einem, bedarf also einer etwas längeren Betrachtung. Die Sensation dieser erstaunlichen Erstmaligkeit begann an der Dresdener Staatsoper, welches alte, hervorragende Institut so wie seinerzeit den „ursprünglichen" „Rosenkavalier", so jetzt auch den vernewerten und verfilmten unter der Leitung Straußens selber uraufführte. Prag folgte Dresden auf dem Fuße und beging das Ereignis nach Kräften in ähnlicher Festlichkeit — wenn schon nicht mit Strauß, so doch immerhin mit Zemlinsky.

Man hatte vorweg schwere Bedenken gegen diesen leinwandenen „Rosenkavalier", gegen die Profanierung des vielleicht zur Unsterblichkeit prädestinierten Musikdramas und des Sprech- und Gesangstheaters durch die Verkintoppung, wobei man, nicht mit Unrecht, vermutete, daß hier nicht so sehr künstlerisches Wollen, als vielmehr vor allem Geschäftstüchtigkeit an der Kurbel stand. Nun, mehr Geschmack und Würde, als sie Richard Strauß eignen, hätten sich wahrscheinlich auch wirklich zu diesem Experiment nicht entschlossen; jedoch — es ist gelungen. Das heißt: auch der „Rosenkavalier"-Film ist ein Kunstwerk. Daß dabei die Musik, zumindest gleichberechtigte Herrscherin im Drama, stark zur Dienerin geworden ist, mag Strauß mit sich selber abmachen. Profaniert aber wird das Theater durch solchen Film keineswegs; er ist uns auch an dieser Stätte tausendmal lieber, als was leider sonst so oft an Kitsch und Sketch, an Seichtem und Zotenhaftem über die Bretter ebendieses Theaters geht. Die Gefahr liegt nur darin, daß das Beispiel schlechte Schule machen, daß Geschäftstüchtigkeit von allen Seiten sich zu Minderwertigem auf demselben Gebiet versucht fühlen könnte. Davor sei gewarnt.

Der „Rosenkavalier"-Film ist eine breite, romanhafte Umarbeitung des Opernlibrettos mit gelungener Ausnützung aller Möglichkeiten, die nur dieser Kunstgattung gegeben sind: also des ständigen Wechsels im Raum, des Episodenhaften, der Massenszenen. Die Oper, zeit- und raumgebunden, führt nur ins Palais der Marschallin und des Faxinal und ins Wirtshaus. Der Film zeigt diese Paläste außen und innen in Dutzenden Szenen, in allem Prunk des mariatheresianischen Zeitalters, spielt in den Straßen Wiens, in einem Hanswurst-Theater in Schönbrunn, am freiherrlichen Sitz des Ochs in Kärnten, im Feldlager, in der Feldschlacht. Was in der Oper nur exponiert wird, rollt im Film als lebendige Handlung ab, zu dem intimen Ausschnitt aus dem Zeitleben im Musikdrama stellt der Film den weiten, glanzvollen Hintergrund des Rokoko mit all seiner Grazie, seinem Getändel, seiner Spielerei, mit all dem Leichtsinn und des Völkerlebens der Feudalen. Das aus der Oper Bekannte, zum Teil überdies völlig verändert, steht in einem weiten Rahmen voll des Neuen. Wunderbare Photographien und die hundertfältigen Kleinigkeiten, die nur der Film lebendig machen kann, geben echtes Milieu wieder und wirken darum künstlerisch selbst in der Sentimentalität, die eben im achtzehnten Jahrhundert Leben war. Und dazu Schauspieler von Wuchs. Vor allem der Marschall (Paul Hartmann), von dem in der Oper nur erzählt wird: ein betrogener Ehemann voll Kraft und Würde, ein Hahnrei, der niemals lächerlich ist; die Marschallin, hier keine resignierende, alternde Frau, sondern eine noch in des Lebens Aufstieg, liebenswürdig dargestellt von Huguette Duflos, die als Französin so wie ihr Landsmann Catelain (Oktavian) die beste Fähigkeit zur Einfühlung in das Empfinden jener Zeit entwickelt. Entzückend Elly Berger als Sophie und eine Meisterleistung bis in die kleinste Einzelheit der Ochs Bohnens. Doch — und hier ist man schon gezwungen, zur Beurteilung des musikalischen Teils überzugehen — gerade beim Ochs empfindet man am stärksten den Mangel der menschlichen Stimme, über den das glänzendste Straußorchester nicht hinwegzuhelfen vermag und der sich eben gerade in dem der Vokalmusik gewidmeten Hause besonders fühlbar macht. Und diesen Gesang, dem Strauß im Gegensatz zu seinen früheren Werken gerade im „Rosenkavalier" ein so herrliches Feld eingeräumt hat, vermag auch die großartigste Beherrschung des Orchesters, die er auch in der Filmmusik beweist, nicht zu ersetzen. Dazu kommt, daß vor dem Ohr auch des aufmerksamsten musikalischen Beobachters im Banne durch das Bild weite Teile der Filmpartitur versinken. Die Musik wird streckenweise zur zwar notwendigen, aber dennoch zur Begleitmusik, ihre Perlen gehen verloren. Wobei noch zu bemerken ist, daß der mit der Oper Vertraute immer wieder vom Bilde zur Musik zurückfindet; wie aber ist die Wirkung auf den, der die Oper nicht kennt? Ihre Kenntnis darf doch nicht schlechtweg vorausgesetzt werden, wenn anders die Filmoper eigenes Leben, eigenen Kunstwert besitzen soll! Die Antwort darauf würde ja doch zu dem Urteil führen, daß die Filmoper als eigene, selbständige Kunstgattung kaum bestehen kann oder doch zumindest, verglichen mit dem Musikdrama, unterwertig ist.

Es soll nicht bestritten werden, daß durch diese Verfilmung in schätzenswerter Weise der Kreis derer, die Gelegenheit erhalten, den „Rosenkavalier" und seine Musik zu genießen — obzwar besonders der zweite Teil des Films von der Oper fast nichts mehr übrig läßt, gewaltig erweitert wird. Diesem Vorteil aber, der durch Hinzukomponiertes wie einen militanten Marsch und eine Schlachtenmusik nicht sonderlich vergrößert wurde, steht dennoch die Tatsache gegenüber, daß Strauß zu diesem nicht durchaus künstlerischen Zwecke mit eigener Hand die selbstgeschaffene, wundervolle Harmonie zerstörte, die der Bau des „Rosenkavalier" in Orchester und Gesang darstellt. Die Erinnerung an den Film mag von nun an beim „alten" „Rosenkavalier" erfreulich sein — die Erinnerung an die Oper war im Film ein wenig wehmütig.

Die Stimmung und der Beifall des vollen Prager Hauses zeigten Erfolg an. Er ist zum guten Teil Verdienst Zemlinskys, der den Rhythmus des strahlenden Orchesters zwanglos und fast restlos der zur Lebendigkeit erstarrten „Bühne unterordnete.

L. G.

Mitteilungen aus dem Publikum.

SANA in jede Mehlspeise
TEEMARGARINE

Arbeiter, Staats- u. Privatbeamte

ebenso wie die Lehrerschaft u. die Studierenden, welche den größten Teil ihres Lebens in geschlossenen Räumlichkeiten verbringen und oft ermüden, haben es insbesondere nötig, die erschlafften Muskeln als auch die überanstrengten Nerven zu erfrischen. Zur Einreibung der Schläfe, des Nackens und der Stirn verwenden erfahrene Leute den billigsten, weil vorzüglichsten Menthol-Franzbranntwein:

ALPA

Ein Versuch überzeugt Sie sofort u. soll daher an keinem Werk- od. Schreibtisch eine Flasche des echten Menthol-Franzbranntweines „Alpa" fehlen.

Überall erhältlich! — Preis Kč 5.—

Kunst und Wissen.

Druckfehlerberichtigung. In unserem gestrigen Feuilleton über die Aufführung von „Julius Cäsar" sollte es selbstverständlich heißen: „Gegenspieler" statt „Geigenspieler" (1. Spalte, 5. Zeile), „der Held" statt „den Held" (1. Spalte, 7. Zeile), „er in seine Reden" statt „er seine Reden . . . einflicht" (4. Spalte, 16. Zeile) und „Commentarii" statt „Commentari" (4. Spalte, 18. Zeile).

Herr Ober, – Erstens: „einen Schwarzen
Zweitens: „Ein Klostergeheimnis"

Ein bekannter, von Kennern oft gehörter Ruf u. leicht verständlich dem, der diesen wundervoll schmeckenden goldgelben Likör einmal gekostet hat.
Sie haben den doppelten Genuß und ein lang anhaltendes wohlig wärmendes Gefühl, wenn Sie nach jedem Schwarzen
„Ein Klostergeheimnis"
trinken, den einzigartigen Likör aus der

Likörfabrik Schönpriesen

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Samstag abends 7 Uhr „La Boheme", Sonntag Jugendfürsorge-Vorstellung nachm. halb 3 Uhr: „Die Puppenfee", abends 7 Uhr „Mascottchen", Montag „Gräfin Mariza",

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Michael Hundertpfund", Sonntag 3 Uhr nachm. „Zwei glückliche Tage", abends halb 8 Uhr „Deutsche Kleinstädter", Montag „Michael Hundertpfund".

Die deutsche Erstaufführung des Oratoriums „König David" von dem Schweizer Komponisten Honegger findet unter der musikalischen Leitung Zemlinskys und der Mitwirkung des Deutschen Männer-Gesang-Vereins sowie der Schülerinnen der Deutschen Musikakademie Ende Feber im Neuen Theater statt.

Vereinsnachrichten.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde. Am Sonntag nicht Wilsonbahnhof, sondern Smichower Bahnhof um 8 Uhr früh.

Vorträge.

Tschechische Kulturträger. Mittwoch, den 3. Februar fand im Studenský domov der JMCA ein von der deutschen Sektion veranstalteter Vortragsabend des Schriftstellers und Vortragskünstlers Gen. J. Reismann statt. Die mangelnde Reklame kann für den beschämend geringen Besuch nicht ganz verantwortlich gemacht werden, vielmehr war derselbe ein Zeichen für die in den bürgerlichen Kreisen der sogenannten intellektuellen herrschende Indolenz; wenn schon begriffen werden könnte, daß ältere Menschen aus kleinbürgerlichen Gründen derartige Vorträge meiden, so ist es doch unentschuldbar, daß die studentische Jugend, die für Shimmy, Kaffeehaus und Fußball oft mehr Zeit hat als für die beruflichen Studien, es für unnötig hält, sich durch das lebendige, unpolitische Wort von dem dichterischen Kulturniveau anderer Nationen zu überzeugen. Der Vortragende, der selbst ein tief empfindender Lyriker, Pazifist und Sozialist ist, wählte eine Reihe bedeutender tschechischer Dichter mit fast durchwegs revolutionär-sozialistischem oder pazifistischem Einschlag. In sehr fein abgestufter Weise trug er mit einem weichen, melodischen Organ eine Reihe tschechischer Gedichte in der Ursprache und in der deutschen Uebersetzung vor, weitere Gedichte und Epigramme tschechischer Dichter nur in deutscher Sprache. Reismann hat die Uebersetzungen selbst veranstaltet und eine Probe seines meisterhaften Uebersetzungstalentes abgegeben. Vor allem kamen die so jung verstorbenen Dichter Wolker, Hausmann und Mácha zu Worte. Besondern Eindruck rief Wolkers Gedicht „Roenigen" hervor, dessen Uebersetzung und rezitatorische Wiedergabe dem Vortragenden besonders gut gelangen. Es folgten dann Sova, Čech, Heyduk, Neruda, Jungmann, Erben, Machar und Vrchlický sowie einige Volkslieder. Das kaum vierzig Personen zählende Häuflein der Zuhörer hatte für den Vortragenden das richtige Verständnis und spendete ihm reichlichen Beifall.

Verbreitet den „Sozialdemokrat".

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Nießner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Turnen und Sport.

Außerordentlicher Kreisverbandstag des fünften Kreises. Im Berichte über die sonntägige Tagung hat sich unliebsamer Weise ein Fehler eingeschlichen. Und zwar standen den 81 Stimmen für nicht 21, sondern 27 gegenüber. — Daß der Beschluß in der kommunistischen Presse keine Freude auslösen wird, war uns klar, doch ist die Art der Berichterstattung im „Vorwärts" eine von Sachlichkeit weit entfernte. Der „Vorwärts" rechnet einfach die Stimmenthaltungen zu den Gegenstimmen und — haut damit daneben. Es enthielten sich der Stimme die 15 Mitglieder der Kreisleitung, ferner die Vertreter des vierten Bezirkes. Letztere waren für das gemeinsame Fest, laut Beschluß ihres Verbandstages, doch sollte die Veranstaltung in Oberleutensdorf stattfinden. Diese Genossen mußten also ihren Bezirksbeschlüssen Rechnung tragen. Im Grunde genommen ist der „Vorwärts"-Bericht gleichgültig, nur sei die Anfrage gestattet: Was war das für Politik, die Podersam oder der erste mährische Kreis trieb? Auch die Ausführungen des kommunistischen Turngenossen Baier werden wir uns merken. Er sagte, daß er zu den Ausgang der Tagung erst dann eine Erklärung wird abgeben können, bis er mit seinen Parteikreisen in Fühlung getreten ist. So sind die Kommunisten für den Turnverband! Im übrigen werden unsere Genossen wohl selbst wissen, wie sie der Verlogenheit der kommunistischen Presse am besten begegnen.

Der Unsinn der sportlichen Rekordjägerei zeigte sich dieser Tage in New York bei einem Querfeldeinlaufen über 16 Kilom. Während der Sieger beglückwünscht wurde, sank er leblos um. Kurzerhand erklärten die Aerzte den Tod des „Siegers". Ein Mediziner machte jedoch Wiederbelebungsversuche mit einer Einspritzung, worauf der Totgeglaubte auch wieder zu sich kam. Die Herzmuskellähmung, von der er infolge der übertriebenen Anstrengung befallen wurde, war behoben. Wie leicht hätte der Tod wirklich die Folge des „Sieges" sein können! Das soll Sport sein?

Die Durchführung eines Bobsleigh-Meisterschaftsrennens in Marienbad, das über eine Rennstrecke von 1600 Metern mit fünf sehr gefährlichen Kurven führte, wurde von der Polizei verboten, nachdem sich zwei schwere Unfälle ereignet hatten, wobei die Verunglückten lebensgefährliche Verletzungen davontrugen.

Dr. Lasker, der deutsche Schachmeister, der sich von dem Internationalen Turnier in Moskau sofort nach Amerika begeben hatte, gab in New York eine Simultanvorstellung. Er spielte gegen 37 Gegner. 35 Spiele konnte er für sich buchen, zwei Parteien blieben remis.

Willst Du die Krapfen leicht und fein,
Als köstlich süßen Faschingsschmaus,
Gib VISAN in den Teig hinein
Und backe sie in CERES aus.-

Faschings-Krapfen
in CERES-SPEISEFETT gebacken
beschweren nicht den Magen.-

Verehrte Hausfrau!
Ihr Wirtschaftsgeld reicht nicht

weil die Schuhreparaturen den Haushalt stark belasten. Versuchen Sie es mit BERSON-Gummiabsätzen an Ihren Schuhen und den Schuhen Ihrer Kinder. Die jahrzehntelange Erfahrung hat bewiesen, daß die echten BERSON-Gummiabsätze doppelt so lange halten wie Lederabsätze.
BERSON-Gummiabsätze sind kein Luxus; sie schonen das Schuhwerk, geben elastischen, geräuschlosen Gang und sind außerdem billiger wie Leder. Verlangen Sie aber auch ausdrücklich nur BERSON, denn **BERSON sind besser.**

Strickgarne
edelster Qualität
aus reiner Schafwolle
Stern Wolle
Man achte auf die Sternmarke NW&K und das nebenstehende
Garantiezeichen

Lachen Links!
Das neue deutsche Witzblatt erscheint wöchentlich.
Jede Nummer Kč 1.10.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Kremser & Co.
Teplitz-Schönau,
Theresiengasse 18—20.

Verlangt in allen Konsumvereinen und deren Verkaufsstellen alkoholfreien Punsch in nachstehenden Geschmacksarten
2581
Rum-
Glüh-
Ananas-
Bordeaux-
Orangen-
Vanille-
Punsch
selbe ergeben m. 1 Teil Extrakt u. 3 Teilen siedendem Wasser einen vollständ. Ersatz f. jedes Alkoholgetränk

Essigfabrik H. Jena, Asch
größtes Spezialunternehmen Westböhmens,
liefert nur
garantiert reine Gärungsessige u. Essigsprit
Lieferant zahlreicher Konsumvereine.
7950

Kalla's
Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall **bevorzugt.**
Verlangen Sie daher nur 8871
Kalla's Fischkonserven
in allen Konsumvereinen erhältlich.

Jede Organisation, Vereinigung, Krankenkassa, Sekretariat etc.
die den **Dienst vereinfachen** will,
muß sich die
AEG.-Kleinmodell-Schreibmaschine
anschaffen.
15 einwandfreie Durchschläge.
Austausch der Schriftart und Sprache durch einfache, schnelle // Handbewegung. Trotz billigstem Preis Qualitätsware! //
Verlangen Sie sofort Offert von: 3892
AEG.-Elektromaterial Brünn, Ant. Dvořákgasse 11.

!! Inserieren bringt Erfolg !!